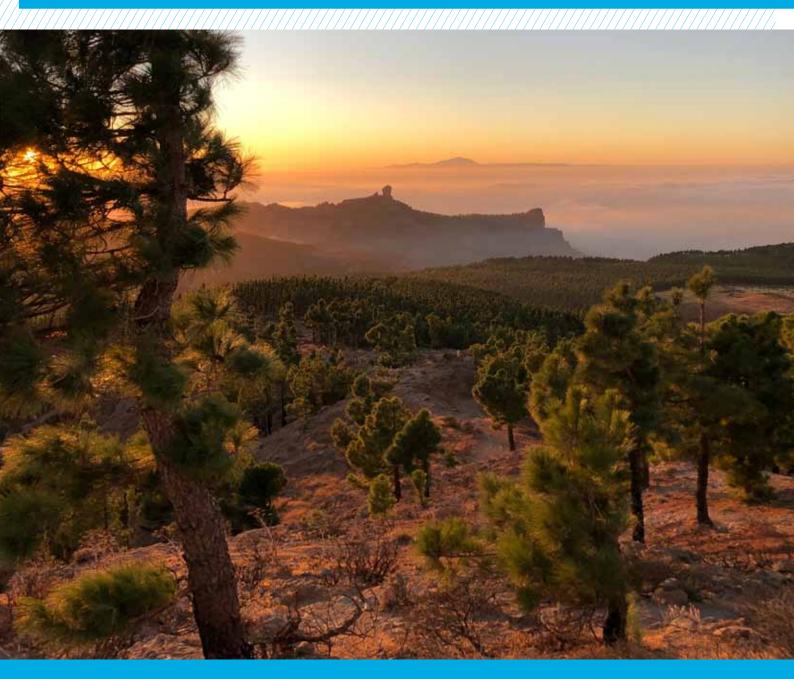
# WEITBLICK





- "Bildung geht nicht ohne Anstrengung"
- "Saturdays for future"
- Der VRB hilft: Informationen zur Arbeitszeit von Lehrern



# INHALT

- 3 Editorial
- 4 Wohlfühl-, Gute-Laune-, Spass- und Gefälligkeitspädagogik ist ein Irrweg
- 7 Saturdays for futureo
- 12 Schule im Wandel
- 14 Informationen des VRB Saarland zu Anfragen unserer Mitglieder

- 16 Gewalt an Schulen
- 18 Warum die massenhafte Einstellung von Seiten-Einsteigern keine Lösung für den Lehrermangel ist!
- 20 dbb aktuell
- 26 Pressemitteilungen



# EDITORIAL

#### Liebe Mitglieder und Freunde,

am Ende des Jahres 2019 haben wir uns die Freude auf die anstehenden Feiertage und die kommenden Weihnachtsferien hart erarbeitet. Es gab sicherlich bei jedem von uns schöne und motivierende Erlebnisse, die unsere Entscheidung für den Lehrerberuf bestätigten. Halten Sie diese Momente fest im Herzen, denn wir brauchen diese daraus entstehende Kraft, um den anstrengenden Schulalltag auch zukünftig gut zu meistern.

Viele Probleme wie Lehrermangel, viel zu hohe Klassengrößen gemessen an der Heterogenität der Schülerschaft, die Einführung der Digitalisierung mit zu wenig Manpower und gefühlter Planlosigkeit in der Umsetzung, die noch nicht festgelegten Strukturen zur Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen möglicher Teampartner für eine wirkungsvolle Unterstützung der Lehrkräfte im Schulalltag und noch einige andere Baustellen mehr werden uns auch 2020 fordern.

Einige Studien zeigen erhebliche Missstände in den Leistungsentwicklungen unserer Schüler auf. Hierbei wurden etwa bei der IOB-Studie besonders die Fächer Mathematik und die naturwissenschaftlichen Fächer untersucht. Trotz Bemühungen der Lehrkräfte, einen guten Unterricht entsprechend der vorgegebenen Schulstrukturen, Didaktik und Methodik zu gestalten, gelingt es nicht, einen Erfolg entsprechend unseres Bildungsauftrages bzw. Lehrplans zu erzielen. Eine wirklich ehrlich geführte Analyse der Ergebnisse und die daraus abzuleitenden notwendigen Maßnahmen sollten weder ideologisiert noch politisch motiviert sein. Der VRB hat schon seit Jahren gefordert, bei allen Maßnahmen im Bildungsbereich das Wohl der Schüler und deren Anschlussfähigkeit als Maßstab aller Entscheidungen zugrunde zu legen. Wir appellieren an die Entscheidungsträger, die Realität des Schulalltages wahrzunehmen und trotz Haushaltsnotlage immer zu be-

denken, dass unsere Schüler das wichtigste Gut der Zukunft sind!

Nun wünsche ich uns allen eine schöne Vorweihnachtszeit, ruhige Tage im gemütlichen Kreis netter Menschen und einen wunderbaren Start in das neue Jahr 2020.

Herzlichst

Ihre Karen Claassen

# WOHLFÜHL-, GUTE-LAUNE-, SPASS-UND GEFÄLLIGKEITS-PÄDAGOGIK IST EIN IRRWEG

Interview mit Josef Kraus

Weitblick: Im Saarland wurden vor sieben Jahren Erweiterte Realschule und Gesamtschule zur Gemeinschaftsschule fusioniert. Was halten Sie davon?

Kraus: Ich halte grundsätzlich nichts von integrierten, einheitlichen Schulen. Damit wird man den individuellen Förderbedürfnissen der Schüler nicht gerecht. Außerdem zeigen alle Schulleistungsstudien der letzten vier Jahrzehnte, dass Gesamtschule nicht mit den Schulformen des gegliederten Schulwesens mithalten kann. Vor allem mag ich nicht – nicht nur mit Blick auf das Saarland – einzusehen, warum man mit der Realschule die über Jahrzehnte stabilste Schulform der Republik als eigenständige Schulform de facto abschafft.

Weitblick: Eines Ihrer Bücher trägt den Titel "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen". Was sind aus Ihrer Sicht die Ursachen einer Erosion des Bildungswesens in Deutschland?

Kraus: Mein Buchtitel ist natürlich keine Gebrauchsanweisung für Bildungspolitiker, obwohl mich dieser Eindruck manchmal beschleicht. Die Grundprobleme des deutschen Schulwesens sind: Egalisierung und Gleichmacherei, Entprofilierung der herkömmlichen Schulformen, Einheitslehrer, Absenkung der Ansprüche, Leistungs-

feindlichkeit, Fixierung auf Gymnasium und Studium, Pseudo-Akademisierung und Abitur-Quoten-Wahn, Inflation an immer besseren Noten, Testeritis nach dem Motto "Bildung ist das, was Pisa misst", simples Verwertungsdenken, Geringschätzung konkreten Wissens und Könnens, Geringschätzung der beruflichen Bildung. Und eine Kompetenzenpädagogik, mit der aus Lehrplänen Leerpläne wurden.

### Weitblick: Was bedeutet dies für die Arbeit des einzelnen Lehrers?

Kraus: Dass Lehrer jeden Tag einen Kampf gegen die Fehler der Bildungspolitik und der sog. progressiven Schulpädagogik führen müssen. Damit leisten unsere Lehrer eigentlich mehr, als es die Bildungspolitik überhaupt möglich macht. Leider resignieren viele Lehrer und geben unter dem Druck der Schulbürokratie und der sog. Helikoptereltern einfach gute Noten her. Auch wenn Zeugnisse dann ungedeckte Schecks werden. Nein, das kann es nicht sein. Deshalb wünsche ich mir Lehrerkollegien, die dagegen geschlossen Front machen und auf Gefälligkeitspädagogik verzichten. Als Einzelner schafft man das nicht. Und hoffentlich haben wir Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte, die solchen Kollegien den Rücken stärken. Dazu kommt, dass Lehrer mit einer Heterogenität an Schülerschaft zu tun haben, die ihnen eine naive Zuwanderungspolitik beschert hat.

Weitblick: Für den VRB im Saarland ist der Leistungsgedanke von zentraler Bedeutung. Leider stoßen wir damit oft auf Widerstand. Wie stehen Sie dazu?

Kraus: Das bewegt mich mit am meisten, und da kann ich dem VRB nur Mut machen, standhaft zu bleiben. Weil der Leistungsgedanke einer der wichtigsten in Erziehung und Bildung ist, muss ich hier etwas ausholen. Denn Bildung geht nicht ohne Anstrengung, und Erziehung heißt eben auch, Kinder in Anspruch zu nehmen. Die um sich greifende Wohlfühl-, Gute-Laune-, Spaß- und Gefälligkeitspädagogik ist ein Irrweg, sie schadet den jungen Leuten. Denn je niedriger die Hürden in der Schule, desto schwerer fällt es den jungen Leuten, Hürden im späteren Leben zu überwinden. Aber: Statt den Kindern wieder mehr zuzutrauen und auch mehr zuzumuten, greift in Deutschland seit einigen Jahrzehnten eine Erleichterungspädagogik um sich. Begründet wird diese mit der Behauptung, dass Deutschlands Schüler doch sehr unter schulischer Belastung leiden würden. Das stimmt jedoch nicht, auch im internationalen Vergleich nicht: Unter den 11- bis-Jährigen fühlen sich in Deutschland 24 Prozent gestresst, in den USA 40 und in Finn-



Kraus am Rednerpult (Bild privat)

land (!) 44 Prozent. So die WHO.

Damit es mit den Anforderungen in unseren Schulen aber noch weiter nach unten gehen kann, werden wir zugeschüttet mit obskuren Bildungsstudien, meist von Bertelsmann medial stets alarmistisch inszeniert. Auch deshalb wurden Leistung und Anstrengung zu igittigitt-Vokabeln. Wer aber das Leistungsprinzip bereits in der Schule untergräbt, setzt eines der revolutionärsten demokratischen Prinzipien außer Kraft. In unfreien Gesellschaften sind Geldbeutel, Geburtsadel, Gesinnung, Geschlecht Kriterien zur Positionierung eines Menschen in der Gesellschaft. Freie Gesellschaften haben an deren Stelle das Kriterium Leistung vor Erfolg und Aufstieg gesetzt. Eine große Chance zur Emanzipation! Gerade politische Kräfte, die sich einer vor allem sozialpolitisch ausgerichteten, im Niveau abgesenkten Bildungspolitik verschrieben haben, vergessen dies. Das werde ich nie verstehen! Ganz zu schweigen davon, dass der Sozialstaat nur dann funktioniert, wenn er von der Leistung von Millionen von Menschen getragen wird. Auch Sozialstaatlichkeit ist eben nur mit dem Leistungsprinzip machbar. Ansonsten gehören das Risiko des Scheiterns, Enttäuschungen und Niederlagen zum Leben. In altersgemäßer Dosis muss ein Kind solches erfahren dürfen, sonst entwickelt es weder die Fähigkeit, damit umzugehen, noch

das Selbstbewusstsein, mit Problemen selbst fertig zu werden, noch die Bereitschaft, erst einmal eigene Kräfte zu mobilisieren.

Weitblick: Im Saarland werden immer mehr Schulen zu gebundenen Ganztagsschulen, die durch Lehrer- und Stundenzuweisung vom Ministerium eine besondere Förderung erfahren. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Kraus: Ich bin kein Freund möglicherweise auch noch verpflichtender Ganztagsschulen. Ganztagsschulen sind bislang den Beweis schuldig geblieben, dass sie zu besseren Leistungen führen und mehr sozialen Ausgleich schaffen. Außerdem möchte ich nicht noch mehr Verstaatlichung von Erziehung bzw. Delegation von Erziehung durch Eltern an die Schule. Es muss für die jungen Leute auch ein Leben außerhalb der Schule geben. Was das Leben schon bietet, muss nicht auch noch die Schule bieten.

Weitblick: Hat die gebundene Ganztagsschule nicht einen Punkt auf ihrer Seite, dass sie ausgleichen kann, wenn Eltern ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommen oder zuhause eine Prägung stattfindet, die mit unseren Wertvorstellungen nicht übereinstimmt?

Kraus: Dann müssen sich Staat, Gesellschaft und Gemeinwesen etwas anderes einfallen lassen, wie man die Erziehungsbereitschaft der Eltern stärkt.

Ihnen die Verantwortung mehr und mehr abzunehmen, ist für mich ein Verstoß gegen Grundgesetz, Artikel 6: "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht." Im übrigen sehen wir doch, dass die Bereitschaft zur Abgabe erzieherischer Verantwortung an Staat und Kommune umso mehr zunimmt, je mehr von dort Rundumbetreuung inkl. Bindestrichfächern wie Umwelt-Erziehung, Freizeit-Erziehung, Konsum-Erziehung, Gesundheits-Erziehung, Ernährungs-Erziehung, Medien-Erziehung usw. angeboten wird.

Weitblick: Viele Schulen wurden bundesweit durch Hilferufe wegen intensivierter Schülergewalt bekannt. Sind Schüler heute auch aus Ihrer Perspektive vermehrt anfällig für Gewaltbereitschaft und auch Drogenmissbrauch?

Kraus: Machen wir uns nichts vor: Die Gewalttätigkeit hat quantitativ zugenommen und sich qualitativ verschärft. Mehr Schüler werden häufiger aggressiv, und die Art der Auseinandersetzung ist heftiger geworden. Hierbei spielen auch die neuen Medien eine Rolle, siehe Cyber-Mobbing. Es geht oft bis zur Verletzung und Entwürdigung von Mitschülern. Dagegen brauchen wir ein Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte. Und eine selbstkritische Besinnung der Erwachsenen auch in Politik, Medien und Sport, ob sie mit

ihrem Verhalten nicht immer häufiger schlechte Vorbilder abgeben. Das gilt auch für alle Formen von Abhängigkeiten – gegenständlichen (wie Alkohol usw.) wie nicht-gegenständlichen (z.B. Computer-Sucht).

Weitblick: Im Saarland werden alle Schüler prinzipiell der Regelschule zugewiesen. Sonderpädagogische Expertise soll nur eingeholt werden, wenn die Eltern ausdrücklich den Wechsel auf eine Förderschule wünschen. Wird man damit dem jeweils besonderen Förderbedarf der einzelnen Kinder gerecht? Wie stehen Sie prinzipiell zur Inklusion? Wie muss die Inklusion Ihrer Meinung nach gestaltet werden, um gelingen zu können?

Kraus: In Sachen Inklusion wird viel getrickst. Allein mit dem Verweis auf die entsprechende UNO-Konvention wird geflunkert. Dort wird keineswegs verlangt, dass Deutschland die Förderschulen abschaffen müssen, weder in Artikel 5 noch in Artikel 7. Nein, die allermeisten Länder der Welt wären froh, sie hätten ein hochdifferenziertes Förderschulwesen wie Deutschland. Und wir sollen es über Bord schmeißen? Entscheidend ist selbst laut UNO das Kindeswohl. Das heißt für mich: Kann mit personellen, baulichen oder technischen Hilfen dafür gesorgt werden, dass ein beeinträchtigtes Kind das Bildungsziel einer Schulform erreicht, dann ist Inklusion sinnvoll und machbar. Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist Differenzierung angesagt - zumal wir mit unseren Förderschullehrern echte Profi in diesem Bereich haben.

Weitblick: Neben der OECD und anderen Institutionen nimmt auch die Bertelsmann-Stiftung erheblichen Einfluss auf die Bildung. Wie stehen Sie dazu?

Kraus: Die OECD ist eine Wirtschaftsorganisation, die sich zur Bildungsmacht aufgespielt hat; und die Bertelsmann-Stiftung ist eine Einrichtung, der es schier missionarisch um funktionierende Menschen und eine neoliberal funktionierende Gesellschaft geht. Mit Bildung im Sinn von umfassender Allgemeinbildung und Persönlichkeitsbildung hat das nichts zu tun. Beiden geht es um Messbarkeit, Nützlichkeit, Verwertbarkeit. Nach dem Motto: Bil-

dung ist das, was Pisa misst und was sich in Abiturientenquoten ablesen lässt. Ein erbärmliches Verständnis von Bildung, dem aber leider große Teile der Medien, der Politik und der offiziellen Pädagogik aufsitzen.

Weitblick: In den vergangen Monaten wurden die Schulen durch die "fridays for future"-Bewegung politisiert. Ist es nicht sinnvoll, dass sich Schüler demokratisch gegen die Klimaerwärmung engagieren?

Kraus: Interessanterweise handelt es sich laut Forsa überwiegend um Gymnasiasten und Studenten, kaum um Auszubildende in der beruflichen Bildung. Ich erspare mir da naheliegende Interpretationen. Wie auch immer: Schüler sollen ihr demokratisches Recht zur Demo wahrnehmen können. Aber das kann und darf nicht in der Schulzeit sein. Es wäre im übrigen viel glaubwürdiger, wenn die FfF-Aktiven an freien Nachmittagen und Samstagen demonstrierten und wenn sie sich wenigstens mit ein paar naturwissenschaftlichen Fragen befasst hätten: Wie hoch ist der CO2-Anteil an der Atmosphäre? Wie hoch ist der anthropogene Anteil an der CO2-Emission? Wie viele Anteile trägt Deutschland dazu bei? Wie entwickelt sich die Weltbevölkerung? Welchen Energieaufwand verbraucht die Herstellung eines E-Autos? Hundert Fragen fallen mir dazu ein, von denen die jungen Leute wenig Ahnung haben. Da kommt mir zu viel aus dem hohlen Bauch. Nochmal: Demokratische Rechte ja! Aber Verstoß gegen Schulpflichtgesetze nein! Das hätten sich auch Kanzlerin Merkel und Bundespräsident Steinmeier überlegen sollen, ehe sie die Schulschwänzer

#### Zur Person: Josef Kraus

Josef Kraus wurde 1949 im bayerischen Kipfenberg geboren. Kraus führte von 1987 bis 2017 den Deutschen Lehrerverband, der ihn im Anschluss zum Ehrenpräsidenten berief. Der Gymnasiallehrer für Deutsch und Sport leitete bis zu seiner Pensionierung das Montgelas-Gymnasium in Vilsbiburg. Kraus, der u.a. Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Deutschen Sprachpreises ist, gilt als Kritiker gegenwärtiger Bildungspolitik. Kraus ist Autor zahlreicher Bücher, in denen er sich insbesondere mit Bildungs- und Verteidigungspolitik befasst. Zu seinen aktuellsten Werken zählen die Titel: "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt", "Und was Eltern jetzt wissen müssen" sowie "Nicht einmal bedingt abwehrbe-

# SATURDAYS FOR FUTURE



Professor Hans Peter Klein (Bild privat)

Interview zu "fridays for future" mit Prof. Dr. Hans Peter Klein von der Goethe Universität Frankfurt

Prof. Dr. Hans Peter Klein lehrt an der Goethe Universität Frankfurt, ist Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften, Mitbegründer und langjähriger Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildung und Wissen und war jahrelang Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte.

VRB Saar: Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren mit der Veränderung, ja man kann schon sagen dem Verfall des Bildungsniveaus an deutschen Schulen. Lernen, Leistung und Anstrengungsbereitschaft sind out, Schule soll Spaß machen, "dabei sein" ist alles. Sehen Sie da auch einen Zusammenhang mit der geradezu euphorischen Teilnahme deutscher Schüler an den "fridays for future"-Demos zur Unterrichtszeit?

Klein: Grundsätzlich ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn schon Schüler oder auch Studenten sich in gesellschaftliche Themen einmischen und ihre Vorstellungen zum viel diskutierten Thema Klimawandel und dessen Folgen vortragen. Schließlich haben wir die Apathie der Jugend in politischen Fragen seit der Jahrtausendwende zunehmend beklagt. Um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, wäre auch eine erstmalige Demo während der Unterrichtszeit sicherlich nicht zu beanstanden gewesen. Dass

nun aber seit Wochen und mittlerweile Monaten der Freitagsunterricht durch diese Demos geradezu ad absurdum geführt wird, ist in der Tat nicht zu akzeptieren.

VRB Saar: Es ist aber festzustellen, dass immer mehr Politiker diese Demonstrationen ausdrücklich unterstützen. Halten Sie das für falsch?

Klein: Ich halte es für äußerst bedenklich, dass Politiker auf jeden Zug aufspringen, der ihnen möglicherweise neue Wählerstimmen verspricht. Leider ist dies in den heutigen politischen Zeiten aber nichts Neues. Und diejenigen, die vorbehaltlos auf derartige Züge aufspringen, profitieren dann in der Tat davon erst einmal nicht unerheblich, wie man ja an der aktuellen Entwicklung sehr gut erkennen kann.

VRB Saar: Was hätte man denn nach ihrer Meinung besser machen können?

Klein: "Saturdays for future" hätte sich hier geradezu angeboten. Man hätte sich mit der gleichen Vehemenz und den gleichen Forderungen außerhalb der Schulzeit äußern können und wäre so dem Vorwurf des Schule Schwänzens gar nicht erst ausgesetzt gewesen.

VRB Saar: Was glauben Sie, warum die Initiatoren aber an "fridays for future" Demonstrationen festhalten?

Klein: Nun, das liegt auf der Hand. Bei "saturdays for future" außerhalb der Schulzeit hätte man mit deutlich weniger Demonstranten rechnen können. Damit wäre die Öffentlichkeitswirksamkeit deutlich kleiner gewesen und auch deren politische Wirksamkeit. Umgekehrt hätte man den dann in ihrer Freizeit Demonstrierenden tatsächlich ihr Engagement nachhaltiger geglaubt als dies derzeit durch sicherlich eine Vielzahl von Mitläufern der Fall ist, die halt vor allem an einem schulfreien Freitag interessiert sind, was nicht weiter verwunderlich ist.

VRB Saar: Viele Lehrer bemängeln auch das fehlende fachliche Grundlagenwissen der demonstrierenden Schüler in Bezug auf die Ursachen des Klimawandels.

Klein: Man kann sicherlich davon ausgehen, dass einige Schüler sehr wohl über die grundlegende Thematik zumindest in Ansätzen informiert sind. Andererseits liegt es in der Schwierigkeit der Materie, dass die komplexen Zusammenhänge des Klimawandels und dessen geo-chemisch-physikalisch-biologische Grundlagen frühestens in der Sekundarstufe II angemessen thematisiert werden können,

damit man sich ein eigenständiges Bild aufgrund von Faktenwissen bilden kann. Auf Nachfrage geben viele Schüler und auch Studierende freimütig zu, eigentlich nicht wirklich zu wissen, was "Klima" oder "Biodiversität" überhaupt ist, geschweige denn über ein grobes Bild der wirkenden Klimafaktoren zu verfügen. Schon im 1997 erstellten Kyotoprotokoll hat man eine Vielzahl von Treibhausgasen identifiziert: Kohlenstoffdioxid, Methan, Lachqas, wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe HFKW, fluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW) und Schwefelhexafluorid (SF6). Hinzu kommt seit 2015 Stickstofftrifluorid (SF3). Es wäre nun Aufgabe der Schule, im naturwissenschaftlichen Unterricht hier die grundlegenden Fakten zu vermitteln und den Schülern sachgerecht nahe zu bringen, wie sich die Emissionen dieser Substanzen auf das Klima auswirken. Ich schätze aber mal die Lage so ein, dass ca. 90% der Demonstrierenden von diesen Grundlagen nur wenig oder gar keine Ahnung haben. Völlig unreflektiert naive Parolen nachzuplappern und bunte Schildchen mit Eisbären in die Luft zu strecken mag zwar medienwirksam sein, ist aber sachlich eher kontraproduktiv.

VRB Saar: Sind denn die heutigen Lehrer besonders in den Naturwissenschaften überhaupt dafür ausgebildet, dicke sachliche Bretter zu bohren?

Klein: Da sprechen Sie in der Tat eine bedauernswerte Entwicklung Selbst in der gymnasialen Ausbildung ist es beim Studium der beiden Fächer zu einer bis zu 50%igen Reduktion der fachwissenschaftlichen Grundlagen zugunsten der nun mehr zu erbringenden Studienleistungen in die Bildungswissenschaften gekommen. In der Tat ist es mir mehr als fraglich, wie selbst Gymnasiallehrer beispielsweise im Fach Biologie - soweit sie nicht Chemie oder Physik als zweites Fach haben und das dürften mehr als 95% sein - die dem Klimawandel zugrunde liegenden chemisch-physikalischen Ursachen sachlich korrekt im Unterricht zu thematisieren, denen man in ihrem Studium die chemisch-physikalischen Grundlagen der Biowissenschaften weitgehend oder in Gänze vorenthalten hat.

VRB Saar: Viele Lehrer beklagen auch, dass in der Schule kein eigentlicher Diskurs geführt wird, sondern der Klimawandel einseitig als anthropogen verursachtes CO2 Problem dargestellt wird. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Klein: Für die Bildung eines eigenständigen Urteils sind die Schule und vor allem die Lehrer gefragt. Aufgabe des Unterrichts ist es, den Schülern aufgrund von der Vermittlung von Faktenwissen eine eigenständige Mei-

nung zu ermöglichen. Dass in Bezug auf den Klimawandel auch andere Faktoren als die Zunahme des CO2-Gehalts eine Rolle spielen können, ist eigentlich unumstritten. Die gescheiterte Klimatagung von Kopenhagen 2009 war allerdings ein eindeutiges Warnsignal an alle unterschiedlichen Akteure, offene Diskurse zuzulassen. Minderheitsmeinungen sollte man keinesfalls einfach unter den Tisch kehren. Finden keine Diskurse mehr statt, ist sowohl die Wissenschaft beschädigt als auch die Demokratie zu Grabe getragen worden.

VRB Saar: Sie sind denn der Meinung, dass Lehrer ihre Schüler in Sachen des Klimawandels in Richtung des gängigen Mainstreams manipulieren?

Klein: Ich hoffe doch stark, dass sie genau das nicht tun. In demokratischen Gesellschaften ist es eigentlich üblich, Diskurse über alle möglichen Themen zu führen, um dann auf der Basis von im besten Fall wissenschaftlichen Grundlagen zu einem tragfähigen Kompromiss zu kommen. Allerdings habe ich in unserer Gesellschaft zunehmend den Eindruck, dass die demokratischen Diskurse teilweise komplett unterlaufen werden, weil ein bestimmtes gesellschaftliches Klientel vorgibt, die Wahrheit zu kennen und alle Kritiker im besten Fall als Idioten diskreditiert. Die ureigenste Aufgabe

von Wissenschaft und Universitäten ist das Ringen um die Wahrheit. Aber selbst dort hat man sich in Zeiten des Drittmittelwahns weitgehend davon verabschiedet. Die Freiheit von Forschung Lehre existiert nur noch auf dem Papier und den schönen Sonntagsreden der Politiker.

VRB Saar: Liegt denn der vorgegebene Mainstream oftmals falsch und haben Sie ein gewisses Verständnis für die Klimawandelleugner?

Klein: 10 Jahre nach Kopenhagen leugnet eigentlich kaum noch jemand den Klimawandel und die anthropogen verursachte Erderwärmung. Die Datenlage des IPCC weist dies eindeutig nach. Zu bestreiten, dass anthropogen verursachtes CO2 keine Rolle bei der Erderwärmung spielt, ist das Leugnen von wissenschaftlichen Beweisen, die mehr als eindeutig sind. Ich komme gerade von einer Exkursion mit Studierenden von den Alfred Wegener Instituten auf Helgoland und Bremerhaven, die führend in der Polar- und Klimaforschung sind. Deren Datenlage ist eindeutig. Längst nicht nur die Eisbohrkerne aus der Antarktis lassen die Klimaentwicklung der letzten Jahrhunderte genau rekonstruieren. Dennoch wird auch in der Wissenschaft nicht grundsätzlich bestritten, dass die durch Magnetismus sich verschiebenden Sonnenflecken einen Einfluss auf

das Klima haben könnten. Letztlich ist auch die in ihrer Größe derzeit nicht erfasste und wohl zunehmende Methanentweichung aus den Permafrostböden der Nordhalbkugel rund 25 größer als die Wirkung von CO2, die allerdings eher eine Folge der derzeitigen Erderwärmung darstellt. Sekundäreffekte können also im schlimmsten Fall dazu beitragen, dass sich die Erderwärmung weiter beschleunigt. Auch das zentrale Problem der supraexponentiellen Vermehrung der Menschheit und der dadurch verursachte Ressourcenverbrauch wird heutzutage weitgehend ausgeblendet, obwohl bereits 1972 der Club of Rome in seinem Bericht zur Lage der Menschheit "Die Grenzen des Wachstums" vor den desaströsen Folgen eines weiterhin unkontrollierten Wachstums der Weltbevölkerung eindringlich gewarnt hatte. Als unser Altkanzler Helmut Schmitt 1918 auf die Welt kam, gab es ungefähr weitere 1,7 Milliarden Erdbewohner, bei seinem Tod 2015 waren es schon 7,6 Milliarden.

VRB Saar: An manchen Schulen, so berichten uns Kollegen, führt die Beschäftigung mit dem Klimawandel immerhin zu weiter gehender Betätigung im Bereich Umweltschutz, wie etwa Müllsammel-Aktionen, auch außerhalb der Unterrichtszeit. Das ist doch sehr anerkennenswert.

Klein: Selbstverständlich. Ich befürchte

aber, dass diese freiwilligen Aktionen keinesfalls auch nur eine annähernd vergleichbare Zahl von Schülern aktiv werden lässt wie bei den "fridays for future" Demonstrationen. Auch habe ich den Eindruck, dass die heutigen Schüler und auch Studierenden nicht zur Kenntnis nehmen wollen oder es auch einfach nicht wissen, dass gerade ihre Generation diejenige ist, die sich in der gesamten Geschichte der Menschheit seit über 2,5 Millionen Jahren am klimaschädlichsten verhält. Dies soll kein Vorwurf sein, sie ist ja dazu angehalten worden. Dabei möchte ich nicht einmal das oftmals vorgebrachte Klischee bedienen, mit dem elterlichen SUV zur Demo und zurück gefahren worden zu sein und während oder nach der Demo noch schnell im Fast-food-Restaurant den Hunger gestillt zu haben. Keine Generation vorher hatte jemals einen derartig hohen Energieverbrauch zu verzeichnen wie die heutige. Allein die Nutzung von digitalen Endgeräten fast rund um die Uhr, die sich zum Aufladen meist in einer 24-stündigen Warteschleife an diversen Steckdosen befinden, war noch vor der Jahrtausendwende weitgehend unbekannt. Gerade auch die gerade gestartete und anscheinend alternativlose digitale Bildungsoffensive mit der Ausrüstung von Schüler und Schulen mit digitalen Endgeräten und der notwendigen Infrastruktur wird bei nicht einmal absehbarer verbesserter Lernleistung den Stromverbrauch mit negativer Wirkung auf den Klimawandel und seine Folgen weiter erhöhen. Gleiches gilt für die weltweite berufliche und private Mobilität, die ebenfalls ein Klimakiller sondergleichen darstellt. Wenn man es mit dem Klimawandel und dessen positive Beeinflussung tatsächlich ernst nehmen würde, könnte man ja hier einmal beispielhaft die zeitliche Nutzung digitaler Endgeräte mindestens halbieren. Das wäre nicht nur gut fürs Klima, sondern käme dann möglicherweise auch einem besseren Lernerfolg zugute.

VRB Saar: Aber die regenerierbaren Energien sollen es doch richten, insbesondere die komplette Umstellung auf Elektromobilität und die schnellstmögliche Abschaffung aller fossilen Energieträger. Fahrräder sollen zunehmend das Auto ersetzen.

Klein: In der Tat hört man derartige bei näherer Betrachtung sich als infantil herausstellenden Vorschläge immer wieder. Wenn man ab morgen in Deutschland nur noch Elektroautos am Start hätte, wo bitte soll der Strom dafür herkommen? Aus französischen Kernkraftwerken oder US-amerikanischen oder chinesischen Kohlekraftwerken? Auch mit der Windkraft lässt sich keine Grundlast erreichen und der Nord-Süd-Transport scheitert ja schon an den Einsprüchen für die zu

bauenden Trassen ausgerechnet von denjenigen, die diese Form der regenerierbaren Energien als alternativlos betrachten. Gleichzeitig wird völlig ausgeblendet, dass der Weg in die Elektromobilität aus vielen guten Gründen möglicherweise der völlig falsche ist. Die Batterienherstellung bedarf ebenfalls fossiler Stoffe, die eine weitere Abhängigkeit von mehr als dubiosen afrikanischen Staaten zur Folge haben werden. Immer mehr namhafte Wissenschaftler sehen daher die Zukunft in der Entwicklung der Brennstoffzelle, die in den 90er Jahren schon auf den Weg gebracht und in der Folge - aus welchen Gründen auch immer - nur langsam weiter entwickelt wurde. Ob dieses Thema in den Unterricht der Schulen schon flächendeckend mit dem zugrundeliegenden Fachwissen Einzug gehalten hat, wage ich einmal zu bezweifeln. Weitgehend ausgeblendet wird ebenfalls die Kontroverse um eine unseren Wohlstand garantierende ökonomische Entwicklung und ihre ökologische Verträglichkeit. Manche Spät68er scheinen heute mehr denn je zu glauben, die Abschaffung des Autos und die politische Umsteuerung zu einer fahrradfahrenden Nation sei der Ausweg, teilweise sicherlich noch animiert durch die das bei uns im Westen geprägte Bild Chinas in den 60ern unter Mao Tse-tung.

VRB Saar: Im digitalen Zeitalter sollen die Schüler doch im zukünftigen Tabletts- gesteuerten Unterricht sich ihr Wissen – auch das zum Klimawandel – bei Google besorgen. "Google weiß alles" ist doch die neue Devise.

Klein: Das ist der dümmste Spruch, den ich kenne und ich kenne viele dumme Sprüche. Leider stammt der von führenden Bildungswissenschaftlern und auch einige Reformpädagogen blasen ins gleiche Horn. Faktenwissen sei nicht mehr nötig, es altere zudem immer schneller und sei dann überholt. Fakt ist, dass Google gar nichts weiß, in Google findet man ausschließlich Informationen, die oftmals zum gleichen Themenbereich völlig widersprüchliche Darstellungen teilweise unbekannter Herkunft anbieten. Dass Informationen etwas ganz anderes sind als Wissen, ist mehr als offensichtlich. Mit der Informationsflut von Google kann nur jemand etwas anfangen, der ein gewisses Maß an Vorwissen und die zugrunde liegende Sache zumindest in Ansätzen verstanden hat und in der Lage ist, diese kritisch zu beleuchten und mit den richtigen Informationen weiter zu entwickeln. Daraus entsteht dann tatsächliches Wissen, was in vielen Fällen sicherlich auch einem Wandel unterlegen ist. Der momentane digitale Hype tut sein Übriges zur Verdummung. Was im Comuter ist, ist noch lange nicht im Hirn!

Führende Neurowissenschaftler weisen jetzt schon auf die negativen Folgen des als alternativlos propagierten Tablettsunterrichts hin. In Australien wurden schon 2016 die Tabletts wieder eingesammelt, kontrakproduktiv für den Lernerfolg! Der negative Flynn Effekt, d.h. die Abnahme des Intelligenzquotienten seit ungefähr 2004 in den westlichen Industrienationen und die ständig ansteigenden Aufmerksamkeitsdefizitsyndrome und andere Lernschwierigkeiten aufgrund einer kaum noch zu bewältigenden und damit vom Wesentlichen ablenkenden Informationsflut werden u.a. dieser Entwicklung zugeschrieben. Anstatt 5 Milliarden für die Lobbyisten der digitalen Industrie auszugeben hätte man sinnvoller Lehrer eingestellt und qualitativ hochwertiger ausgebildet, als das derzeit der Fall ist. Eine Forderung, die Lehrer schon seit Jahrzehnten zurecht erheben. Die politisch propagierte Bildungsexpansion geht als Schuss nach hinten los. Bildung und Wissen verflüchtigen sich in zunehmendem Maße, und das längst nicht nur in unseren Bildungseinrichtungen.

VRB Saar: Kommen wir also in ein Zeitalter des vermeintlichen Wissens?

Klein: Das haben Sie sehr gut formuliert. Ob dies politisch tatsächlich gewollt ist, sei einmal dahin gestellt, es sieht aber ganz danach aus. Wie kommentierte mein Kollege Wolfgang Nellen aus Kassel seinerzeit bei der erfolglosen Suche nach fachstrukturierten Inhalten nicht nur im hessischen Kerncurriculum der Sekundarstufe I und der für ihn als Naturwissenschaftler nahezu völlig unverständlichen kompetenzverschwurbelten Sprache: Bürger mit gefühltem Wissen sind leichter mit Worten manipulierbar. Und da befinden wir uns im Zeitalter von Fakenews und vorverdauten Informationsvermittlungen auf einem mehr als gefährlichen Weg.

Halten Sie sich über Ihren VRB immer auf dem Laufenden und besuchen Sie uns online:

www.vrb-saarland.de www.facebook.com/verbandrealebildungsaarland

Reale Bildung ist unverzichtbar!

# SCHULE IM WANDEL -

Kontroverse und konstruktive Debatten beim Symposion von Deutschem Lehrerverband und Konrad-Adenauer-Stiftung



Blick ins Auditorium (Quelle aller Bilder: Deutscher Lehrerverband)

Schule im Wandel – kontroverse und konstruktive Debatten beim Symposion von Deutschem Lehrerverband und Konrad-Adenauer-Stiftung

Von interessanten, teilweise kontroversen Debatten um die großen Zukunftsheraus-forderungen des Deutschen Bildungssystems war das Symposion anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Deutschen Lehrerverbands geprägt, das in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vor vollbesetztem Auditorium in Berlin stattfand.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Themen Zukunft des Bildungsföderalismus, Bedeutung der Digitalisierung für den Bildungsprozess und die sich dadurch verändernde Rolle der Lehrkraft.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundestags-präsident a.D. Prof. Norbert Lammert und den DL- Präsidenten Heinz-Peter Meidinger trafen im ersten Block zur Zukunft des Bildungsföderalismus Vertreter des Bundesbildungs-ministerium und der Kultusministerkonferenz aufeinander.

#### Der Bildungsföderalismus – Motor oder Bremse zukunftsorientierter Bildungspolitik

Der Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Dr. Michael Meister beklagte, dass sich die Bildungssysteme der 16 Länder auseinanderentwickelt hätten. Einige Disparitäten hätten eine Oualität erreicht, die grundsätzliche Fragen der Chancengerechtigkeit berührten. Ganz konkret übte er Kritik an der fehlenden Vergleichbarkeit des Abiturs und am Einstimmigkeits-prinzip in der Kultusministerkonferenz: "In punkto Vergleichbarkeit ist abgesehen vom Abituraufgabenpool noch nicht viel Substantielles passiert. Einstimmigkeit ist oftmals nur mit sehr langem Vorlauf zu erreichen. Und selbst bei einstimmigen KMK-Beschlüssen erfolgt nicht selten am Ende nur eine Teil-Umsetzung. Das verschenkt wertvolles Potenzial unseres Bildungssystems!" Er appellierte abschließend an die Länder, Föderalismus nicht als einen Antagonismus zum Bund zu verstehen, sondern als einen Auftrag und eine Verpflichtung, ihre Aufgaben in Bildung und Wissenschaft mit mindestens derselben Priorität wie der Bund wahrzunehmen.

Der KMK-Präsident und hessische Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz dagegen stellte sieben grundsätzliche Thesen für die Notwendigkeit des Bildungsföderalismus in den Raum: Nur dieser könne regionale Eigenheiten und Verhältnisse vor Ort berücksichtigen, eine nicht durch zu viele Ebenen entfernte Partizipation von Eltern und Schülern ermöglichen, Vielfalt von Schulformen gewährleisten, durch Wettbewerb mehr Qualität herausfordern, Raum für Innovation und Experimente bieten sowie die Möglichkeit, voneinander und aus Fehlern zu lernen. Zudem sei der Bildungsföderalismus ein wertvoller Schutz davor, dass schlechte Reformen gleich in ganz Deutschland umgesetzt würden.

In einem Podiumsgespräch suchten die nordrhein-westfälische Schulministerin Yvonne Gebauer und die Bildungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Margit Stumpp, gemeinsam mit Kultusminister Lorz Antworten auf die Fragen, die der Bildungsföderalismus in den Bereichen Vergleichbarkeit und Finanzierung aufwirft. Gebauer betonte, dass es bei allen Debatten über den Bildungsföderalismus keinen konstruktiven Vorschlag für eine Alternative gebe



Gesprächsrunde (von links): Daniel Jung, Adriane Langela-Bickenbach, Martin Spiewak, Jürgen Böhm, Joachim Maiß und Max Maendler

und dass der Bildungsföderalismus Wettbewerb und voneinander Lernen der Bundesländer ermögliche. Stumpp sah in den Problemen des Bildungsföderalismus in erster Linie ein Umsetzungsdefizit, kein Erkenntnisdefizit und kritisierte das so genannte "Kooperationsverbot" zur Finanzierung durch den Bund. Lorz wies auf zukünftige langfristige Möglichkeiten durch einen konkreten Bildungsstaatsvertrag hin. Moderiert wurde dieses Podiumsgespräch, wie auch der Großteil der Tagung, vom Bildungsjournalisten Martin Spiewak.

### Lehrerrolle zwischen Überforderung und Entprofessionalisierung

Der langjährige Präsident und heute Ehrenpräsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, debattierte mit Prof. Dr. Tanjev Schultz (Lehrstuhl für Journalistik an der Universität Mainz) über die sich verändernde Rolle der Lehrkräfte in der Schule - "Vom Pauker zum Lernbegleiter?" lautete die Fragestellung. Moderiert wurde dieses Gespräch von Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deut-Philologenverbandes DPhV. schen Kraus kritisierte, dass der Beruf der Lehrkräfte immer weiter entprofessionalisiert werde, indem immer mehr Erwartungen und Forderungen, an ihn herangetragen würde. Er forderte eine Rückbesinnung auf das Kerngeschäft Unterricht und die fachlichen Kompetenzen des Lehrkräfteberufs. Tanjev Schultz plädierte eher für eine Erweiterung der Aufgaben von Lehrkräften in einer Zeit, da Eltern als Erziehende oft ausfallen. Einig war man sich, dass bei der Gewinnung neuer Lehrkräfte intensive Beratung notwendig ist, um die sowohl fachlich wie pädagogisch geeigneten Lehrkräfte zu gewinnen.

Prof. Susanne Lin-Klitzing betonte in diesem Zusammenhang: "Damit Lehrkräfte guten Unterricht halten können, brauchen sie Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen. Seit dem zweiten Weltkrieg ist die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte nirgendwogesenkt, sondern eher noch erhöht worden. Das Aufgabenspektrum ist aber breiter und belastender geworden. Lehrkräfte brauchen spürbare Entlastung, mehr Ermäßigungsstunden für zusätzliche Aufgaben und eine



Gesprächsrunde DL-Ehrenpräsident Josef Kraus, Prof. Dr. Tanjev Schultz und DPhV-Vorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing

# geringere Unterrichtsverpflichtung!" Macht die Digitalisierung Schule und Lehrkräfte überflüssig?

In einer sehr lebendigen Diskussion über die Folgen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Schule stellten der bekannte Youtuber Daniel Jung, der Gründer von Lehrermarktplatz. de Max Maendler, Adriane Langela-Bickenbach, Preisträgerin des Deutschen Lehrerpreises, und die DL-Vizepräsidenten Joachim Maiß und Jürgen Böhm ihre Thesen dazu vor. Einig war man sich, dass die Lehrkraft als wesentliches Medium der Vermittlung von Wissen und Werten in einer von Digitalisierung geprägten Gesellschaft und Schule weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen wird.

Schon in seiner Begrüßung hatte der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, angesichts zunehmender Diskussionen über Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im Bildungssystem darauf hingewiesen, dass bei allem technischen Fortschritt der Bildungsprozess nicht entmenschlicht werden dürfe – Lernen sei auch ein Gemeinschafts¬prozess, der nicht nur vereinzelt vor dem Bildschirm stattfinden solle.

Zum Abschluss des Symposions warfen Prof. Gert de Haan von der FU Berlin und Jasson Jakovides vom Fields Institute einen Blick 50 Jahre voraus, wohin sich die Rollen von Lehrkräften und Schule in dieser Gesellschaft entwickeln könnten.

#### Der Deutscher Lehrerverband als starker Anwalt eines leistungsfähigen, gerechten Bildungswesens

Am Vorabend des Symposions fand eine Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Lehrerverbands statt, auf der auch die Festschrift präsentiert wurde und der langjährige DL-Präsident Josef Kraus einen Rückblick auf die wichtigsten Erfolge und Ereignisse der DL-Geschichte gab.

Vizepräsident Jürgen Böhm vom VDR hob im Kontext der Jubiläumsveranstaltungen hervor, dass der Deutsche Lehrerverband immer als Klammer und Garant gewirkt habe für den Einsatz der Mitgliedsverbände um ein leistungsstarkes, zukunftsorientiertes differenziertes Schulwesen.

Vizepräsident Joachim Maiß vom BvLB würdigte den DL als erste Adresse für Bildungsfragen, der auch nie die berufliche Bildung zugunsten der allgemeinen Bildung vernachlässigt habe. Erst die berufliche Bildung im Gleichklang mit der allgemeinen Bildung stelle die Gleichwertigkeit der Bildungswege sicher

Nach dem Eindruck von Vizepräsident Bernd-Uwe Althaus von der KEG zeigt die Tagung zum 50-jährigen Jubiläum eindrucksvoll, dass der DL seine Positionen immer wieder an den Herausforderungen der Zeit weiterentwickelt und sich auf dem Wertespektrum seiner Mitgliedsverbände und der gemeinsamen Ziele ausrichtet.

# INFORMATIONEN DES VRB SAARLAND ZU ANFRAGEN UNSERER MITGLIEDER:

#### Mehrarbeit wird geregelt im:

"Saarländisches Beamtengesetz (SBG) vom 11. März 2009\* zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. November 2018 (Amtsbl. I S. 817)

§ 78 Regelmäßige Arbeitszeit;
 Mehrarbeit; Bereitschaftsdienst

Die regelmäßige Arbeitszeit darf wöchentlich im Durchschnitt 40 Stunden nicht überschreiten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit vermindert sich für jeden gesetzlich anerkannten Wochenfeiertag um die darauf entfallende Arbeitszeit. Dies gilt für Beamtinnen und Beamte im Wechseldienst in demselben Umfang wie für Beamtinnen und Beamte desselben Verwaltungszweiges mit fester Arbeitszeit, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob und wie lange die Beamtin oder der Beamte an dem Wochenfeiertag tatsächlich Dienst leisten muss.

(3) Beamtinnen und Beamte sind verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. Werden sie durch eine dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit im Umfang von mehr als einem Achtel der individuellen wöchentlichen Arbeitszeit im

Monat beansprucht, ist ihnen innerhalb eines Jahres grundsätzlich entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren. Ist eine Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, können an ihrer Stelle Beamtinnen und Beamte in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern für einen Zeitraum von bis zu 480 Stunden im Jahr eine Vergütung erhalten.

(4) Soweit der Dienst in Bereitschaft besteht, kann die Arbeitszeit entsprechend den dienstlichen Bedürfnissen verlängert werden; im wöchentlichen Zeitraum sollen 48 Stunden nicht überschritten werden."

#### Außerdem der:

### • Erlass über Mehrarbeit im Schuldienst vom 6. August 2003

"Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Dienstbefreiung abzugelten. Soweit eine solche innerhalb eines Jahres nicht erfolgt, wird die Mehrarbeit vergütet.

Ausnahmen: Verrechnung mit ausgefallenen Pflichtstunden (vgl. Nummer 3.3) sowie Blockunterricht an Berufsschulen (vgl. Nummer 3.4).

1.2 Mehrarbeit der einzelnen Lehrkraft darf 24 Unterrichtsstunden im Kalendermonat nicht übersteigen.

1.3.1 Vergütbare Mehrarbeit liegt nur bei einer Mehrbeanspruchung durch Unterrichtstätigkeit vor. Nur tatsächlich gehaltene Unterrichtsstunden, die als Mehrarbeitsstunden ausgewiesen sind, können vergütet werden.

1.3.2 Vergütbare Mehrarbeit liegt insbesondere in folgenden Fällen nicht vor:

- Teilnahme an Eltern- und Schülersprechterminen,
- Teilnahme an Konferenzen, Dienstbesprechungen und Prüfungen aller Art (einschließlich der Aufsicht bei Prüfungsarbeiten),
- Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen,
- Teilnahme an Schulveranstaltungen im Rahmen der Richtlinien über Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schullandheimaufenthalte und andere außerunterrichtliche Schulveranstaltungen,
- Teilnahme an sonstigen Schulveranstaltungen (z.B. Schulfeste),
- Teilnahme an Schulsportfesten einschließlich der Mitwirkung als Kampfrichter oder Kampfrichterin,
- Teilnahme und Mitwirkung am Schulgottesdienst,
- Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen,
- Teilnahme und Aufsicht bei Berufsberatungen,
- Besuch von Schülern und Schülerinnen während der Betriebspraktika,
- Erledigung von Verwaltungsarbeit.

#### 2.1 Zuständigkeiten

Kurzfristige Mehrarbeit wird vom Schulleiter oder der Schulleiterin angeordnet.

Die Anordnung ist unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung der in Frage kommenden Lehrkräfte zu treffen. Auf die Anordnung von Mehrarbeit kann verzichtet werden, wenn der drohende Unterrichtsausfall

wenn der drohende Unterrichtsausfall durch sonstige schulorganisatorische Maßnahmen vermieden werden kann.

Langfristige Mehrarbeit wird durch das Ministerium für Bildung, Kultur und

Wissenschaft auf Antrag des Schulleiters oder der Schulleiterin angeordnet."

Außerdem stellte der VRB eine Anfrage an das Referat C 3 und bekam folgende Auskünfte:

• "Anrechnung der Doppelpersonalisierung

Die Stunden in Doppelbesetzung (auch als Team-Teaching, 2 Pädagog\*innen-System, Kooperatives Unterrichten bekannt) werden 1:1 angerechnet, da beide Lehrkräfte den Unterricht vorund nachbereiten müssen und sich auch gleichermaßen während des Unterrichtes einbringen. Gemeinsame

Absprachen zur Unterrichtsgestaltung sind dabei unerlässlich.

#### • Aufsicht in der Mittagspause

§ 11 Absatz 1 der Verordnung – Schulordnung - über die Gebundene Ganztagsschule vom 30. Januar 2013, geändert durch Verordnung vom 4. Mai 2015 regelt die Grundsätze des Personaleinsatzes: Lehrkräfte werden neben der Erteilung des Unterrichtes tätig bei der Leitung der Lernzeiten und der ungebundenen und gebundenen Freizeit sowie bei der Betreuung der Schülerinnen und Schüler während des Mittagsessens. Es ist anzustreben, dass eine Lehrkraft im Rahmen ihrer Pflichtstunden möglichst in allen oben genannten Bereichen eingesetzt wird. Da der Einsatz der Lehrkräfte in der ungebundenen Freizeit und als Aufsichtspersonen in der Mittagspause grundsätzlich einen geringeren Aufwand erfordert als die Erteilung von Unterricht, wird er im Verhältnis 2:1 auf die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer angerechnet.

#### • Bereitschaftsstunden

Schulen machen häufig davon Gebrauch, Bereitschaftsstunden auszuweisen, um die Vertretungsregelungen

zu vereinfachen und den Vertretungsunterricht verlässlicher gestalten zu können. Die Frage, ob diese Zeiten auf die tatsächlich zu haltenden Unterrichtsstunden anzurechnen sind, muss im Zusammenhang mit den Vorgaben zur Arbeitszeit im Beamtengesetz gesehen werden (40 Wochenstunden, 30 Urlaubstage -> eine Vollzeitlehrkraft muss insgesamt 47 Zeitstunden pro Woche einbringen, um die unterrichtsfreie Zeit zu kompensieren).

Nach Sichtung verschiedener Gerichtsurteile" waren "nur solche finden, bei denen Anträge auf eine Anrechnung auf die Unterrichtszeit bzw. auf eine zusätzliche Vergütung abgelehnt wurden. Als Begründung wurde u. a. angeführt, dass die Lehrkraft die Bereitschaftsstunden grundsätzlich auch für ihre außerhalb des Unterrichts anfallenden dienstlichen Aufgaben (z. B. Vor- und Nachbereitung des Unterrichtes, Korrekturen) nutzen kann, soweit sie nicht eine Vertretung übernehmen muss."

Sollten Sie weitere Anfragen haben, senden Sie diese uns gerne zu!

Mit freundlichen Grüßen, Ihr VRB Saarland



# GEWALT AN/SCHULEN



Guido Schenk (Quelle privat)

Interview mit Guido Schenk von Selbst & Bewusst – Andrea Salomon und Guido Schenk GbR; Polizeihauptkommissar der Polizei NRW, langjähriger Einsatztrainer u.a. im Bereich der professionellen Bewältigung von Extremsituationen wie Amok-, Gefahren- oder Bedrohungslagen.

Weitblick: Herr Schenk, in den letzten Jahren und Monaten waren viele Hilferufe und Berichte über Gewalt an Schulen in der Presse. Wie denken Sie darüber: steigt die Gewalt an Schulen und anderen öffentlichen Orten?

Schenk: Wenn man allein die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sieht, sinkt die Kriminalität im Allgemeinen im Vergleich zu den Vorjahren. Es gibt aber auch Delikte, die trotz allgemein sinkender Fallzahlen und höherer Aufklärungsquoten leider im Negativen herausstechen. Dazu zählt auch das Phänomen "Gewalt an Schulen". Hierbei geht es nicht nur um körperliche Gewalt, sondern um Gewalt in verschiedenster Ausprägung wie z.B. Mobbing, verbale und non-verbale Bedrohungen unter Schülern und gegen das Lehrpersonal. Über dieses Phänomen wurde in den letzten Wochen und Monaten in den Medien aufgrund verschiedenster, zum Teil sehr schwerwiegender Vorfälle im Kontext Schule verstärkt berichtet und führt insbesondere in den sozialen Foren zu

kontroversen Diskussionen in Hinblick auf die augenscheinlich schwindende Sicherheit an Schulen.

Unsere eigene Wahrnehmung aus einer Vielzahl von Schulungen und Workshops im gesamten Bundesgebiet rund um die Thematik "Sicherheit und Gewalt an Schulen" sieht leider ähnlich aus. Viele Lehrerinnen und Lehrer berichten von einem zunehmenden Aggressionspotential von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – unabhängig der Schulform. Wir stellen in diesem Zusammenhang oftmals eine Überforderung des Schulpersonals im Umgang mit solchen Konfliktsituationen, zum Teil sogar regelrechte Resignation fest.

Weitblick: Was können Ihrer Meinung nach Lehrkräfte tun, um extreme Situationen zu vermeiden?

Schenk: Die gestiegene Konfliktbereitschaft in unserer Gesellschaft spiegelt sich leider auch in der Schule wider. Das Schulpersonal muss sich daher zwangsläufig auf verschiedenste Formen von Gewalt während der Schulzeit vorbereiten, um nicht von solchen Vorfällen überrascht zu werden und um in der Sache handlungsfähig zu bleiben. Diese Erwartungshaltung haben die Schulaufsichtsbehörden und schlussendlich natürlich auch die Eltern schulpflichtiger Kinder. Auch die Gerichte machen in Urteilsverkündungen immer wieder deutlich, dass

es seitens der Institution Schule "ein Wegsehen" nicht geben darf und diese in der Lage sein müssen, mögliche Gefahrenquellen frühzeitig zu erkennen und entsprechend vorzubeugen, z.B. durch die Entwicklung eines strategischen Handlungskonzepts im Umgang mit Aggressionsdelikten.

Das alles funktioniert aber auch nur. wenn die Motivation und Bereitschaft seitens der verantwortlichen Schulleitung vorhanden ist, ihre Beschäftigten entsprechend fortzubilden. Schwerpunkte müssen aus unserer Sicht insbesondere der Aufbau und die Arbeit schulinterner Krisenteams, das Erlernen des richtigen Umgangs mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern, das sogenannte Bedrohungsmanagement und das Wissen um die Garantenstellung im Kontext der Aufsichtspflicht und der damit einhergehenden Verpflichtungen sein.

Mittlerweile wird aber auch immer über Fälle von Gewalt von Schülern gegen Lehrer berichtet. Hier ist es aus unserer Sicht wichtig, den Lehrkräften dahingehend den Rücken zu stärken, dass auch sie sich bei z.B. drohenden körperlichen Übergriffen wehren dürfen bzw. sogar im eigenen Interesse wehren müssen, um nicht selbst Opfer einer Straftat zu werden.

Auf der anderen Seite gibt es in Schulen in Bezug auf die technischen Sicherungen, Alarmierungsmöglichkeiten und Kennzeichnungen deutlich Optimierungsbedarf. Hier sind in erster Linie aber die verantwortlichen Schulträger gefragt, entsprechende Expertisen einzuholen und Gelder bereitzustellen. Oftmals reagieren diese jedoch erst, wenn bereits ein Schaden eingetreten ist.

Weitblick: Welche Verhaltenstipps können Sie Lehrkräften geben, wenn sie mit einer eskalierenden Situation in Kontakt kommen, in der physische Gewalt unter Schülern stattfindet oder diese gar gegen die Lehrkraft selbst gerichtet ist?

Schenk: Pauschal kann man diese Frage so ohne Weiteres nicht beantworten. Man muss immer den Einzelfall betrachten, wie sich die Situation im entscheidungserheblichen Moment darstellt. Aber wie bereits in der Beantwortung der vorherigen Frage von mir erwähnt ist es wichtig, konstruktiv und ohne Angst an diese Thematik heranzugehen, rechtliche Fallkonstellationen zu besprechen, um dann im Bedarfsfall in solchen Situationen handlungsfähig zu sein. Wichtig ist aber insbesondere eines: nur die Vermittlung reiner Theorie führt nicht zum gewünschten Erfolg. Wichtig ist, dass man das Erlernte in die Praxis umsetzt und durch Übungen, Fallbesprechungen und regelmäßige Fortbildung verinnerlicht. Nur so ist auch unter Stress die Möglichkeit gegeben, sicher aufzutreten und einzuschreiten.

### Weitblick: Was ist der Inhalt Ihrer Arbeit mit der Selbst & Bewusst GbR?

Schenk: Aus unserer langjährigen polizeilichen Erfahrung im Umgang mit konfliktträchtigen Situationen bis hin zu Extremsituationen ist für uns vor Jahren der Herzenswunsch entstanden, auch anderen Berufsfeldern, die ebenfalls mit konfliktträchtigen Situationen zu tun haben, im praktischen Umgang Hilfe zu leisten, wie z.B. auch dem Lehrerberuf. Ziel unserer bundesweit angebotenen Schulungen und Workshops ist es, die Beschäftigten auf mögliche Gefahren- und Konfliktsituationen professionell vorzubereiten. Der große Erfolg unserer vermittelten Inhalte sowie die vielen Rückmeldungen unserer Auftraggeber und Schulungsteilnehmer zeigt uns, dass wir



Workshop von Selbst und Bewusst (Quelle privat)

damit den Nagel auf den Kopf treffen und somit schon vielen Behörden, Schulen und anderen Institutionen sowie Privatunternehmen nachhaltig helfen konnten. Nur so ist es möglich, praktische Sicherheit zu leben – im Sinne aller.

# BUCHEMPFEHLUNG



Petra Reichling: Tatort Schulhof

Frau Reichling stellt in ihrem Buch die unterschiedlichsten Formen der Gewalt an Schulen vor: Mobbing und Gewalt in unterschiedlichster Form, Drogen. Sie stellt anhand von Fallbeispielen Konsequenzen und deren Folgen heraus, wobei sie auch auf die rechtlichen Grundlagen Bezug nimmt. Im letzten Teil des Buches stellt sie Handlungsmöglichkeiten für Eltern, Schulleitungen und Lehrkräfte vor. Ein eindringlicher Appell an alle!

# WARUM DIE MASSENHAFTE EINSTELLUNG VON SEITEN-EINSTEIGERN KEINE LÖSUNG FÜR DEN LEHRERMANGELIST!

Es gab schon immer Quer- und Seiteneinsteiger an deutschen Schulen. Was die heutige Situation davon unterscheidet, ist die Tatsache, dass der Seiten- oder Direkteinstieg von Lehramtsbewerbern ohne jegliche pädagogische Vorbildung in einigen Bundesländern wie Sachsen und Berlin zum Regelfall geworden ist, aber auch sonst zahlenmäßig stark ansteigt.

Den Seiteneinstieg unterscheidet vom Quereinstieg, dass man hierbei vom ersten Tag der Anstellung an eigenverantwortlich unterrichtet und die pädagogisch-fachdidaktisch-methodische Ausbildung – wenn überhaupt – berufsbegleitend erfolgt. Man stelle sich einmal vor, wenn dies in anderen Berufsfeldern Praxis wäre:

Im Krankenhaus werden Sie von Menschen behandelt, die sich berufsbegleitend qualifizieren, Sie sitzen im Flugzeug und werden von Seiteneinsteiger-Piloten geflogen oder Sie haben einen Gerichtstermin, bei dem der Richter kein juristisches Staatsexamen hat.

Unvorstellbar? Beim Lehrerberuf offensichtlich nicht.

Offensichtlich sind viele Landesregierungen der Ansicht, das, was man in 5 Jahren Studium, mit einer Reihe von Praktika während des Studiums und in einem 18- bis 24-monatigen Referendariat an professionellem Lehrerwis-

sen und an Handlungskompetenzen erwirbt, sei auch "berufsbegleitend" in wenigen Monaten nachholbar. Dabei ist diese Einschätzung grundfalsch, was übrigens auch die hohen Abbrecherzahlen von Seiteneinsteigern und die teilweise verdoppelten Durchfallerzahlen bei den nachgeholten pädagogischen Examensprüfungen zeigen.

Seiteneinsteiger sind willkommene Nothelfer bei dem in vielen Bundesländern selbstverschuldeten massiven Lehrermangel insbesondere an Grundschulen, weil die dortigen Regierungen nicht oder zu spät auf steigende Geburtenraten und stark anwachsende Zuwanderung reagiert haben. Deshalb haben die zuständigen Ministerien in der Regel ein hohes Interesse daran, dass die "Neulehrkräfte" von Anfang an viele Unterrichtsstunden geben und ein geringen Interesse daran, die potenziellen Seiteneinsteiger auf ihre Eignung hin zu überprüfen, beispielsweise, ob dahingehend, ob diese überhaupt eine besondere Affinität zu Kindern besitzen.

Die berufsbegleitende Ausbildung fristet dagegen sowohl stundenmäßig als auch qualitativ – wegen des Mangels an qualifizierten Seminar- und Ausbildungslehrkräften – meist ein Schattendasein. Für die Seiteneinsteiger stellen deshalb diese ersten beiden Jahre eine systembedingte massive

Überforderung dar. Weder haben sie die Zeit und das Wissen, sich ordentlich auf den Unterricht vorzubereiten, noch die nötigen Freiräume sowie das Reflexionsvermögen, von der berufsbegleitenden Lehrerausbildung zu profitieren.

Natürlich kann man auch als Seiteneinsteiger im Lehrberuf erfolgreich sein - kein Zweifel.

Allerdings erfordert dies bestimmte Grundvoraussetzungen:

- Das absolvierte Studium sollte, auch wenn es kein Lehramtsstudium war, zumindest einen fachlichen oder pädagogischen Bezug zur Lehrertätigkeit aufweisen.
- Es erfolgt eine pädagogisch-didaktisch-methodische Nachqualifizierung, die wenn sie schon nicht in einem Referendariat besteht, dann zumindest qualitativ ebenbürtig ist.
- 3. Der Anteil von Seiteneinsteigern an einer Schule darf nicht zu hoch sein, so dass in der Einstiegsphase erfahrene Lehrkräfte diese etwa in Form von Tandems persönlich unterstützen und coachen können.
- 4. Es muss bereits bei der Prüfung der Bewerbung darauf geachtet werden, dass es sich um Personen



Heinz-Peter Meidinger

handelt, die genügend Motivation mitbringen und die – sehr wichtig – auch die deutsche Sprache sehr gut beherrschen. In Berlin hat die frühere Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, Frau Giffey, erst vor wenigen Monaten darüber geklagt, dass das bei einer Reihe von Seiteneinsteigern im Grundschullehramt erkennbar nicht der Fall sei.

Es wird gerne die Frage gestellt, was die Alternative zu Seiteneinsteigern sei, schlechter Unterricht sei doch noch immer besser als ausgefallener.

Dies ist wohl auch die heimliche Begründung dafür, dass bei Seiteneinsteigern viele bisher gültige Qualitätsstandards in den Bundesländern heimlich über Bord geworfen wurden. Die grundsätzliche Alternative ist jedoch eine langfristige Bedarfsplanung, was den Lehrerbedarf und den Ausbau der Lehramtsstudienplätze an Hochschulen betrifft. Die kurzfristige Forderung muss aber sein, die Qualität der berufsbegleitenden Nachqualifizierung deutlich zu steigern und das derzeitige Unterrichtsdeputat für Seiteneinsteiger massiv abzusenken.

Heinz-Peter Meidinger

### Der VRB hilft: Kostenlose Fahrt zur Didacta nach Stuttgart

Vom 24. bis 28. März findet die Didacta 2020 in der Landeshauptstadt Baden-Württembergs statt. Zahlreiche Aussteller und Schulbuchverlage werden vielfach zu stark ermäßigten Preisen Schulbücher und Unterrichtsmaterialien an die Messebesucher abgeben. Ein Muss insbesondere für LAA bzw. Studienreferendare und Berufseinsteiger! Der VRB bringt Sie als unser Mitglied hin – kostenlos! Am 25. März haben Sie die Möglichkeit gemeinsam mit Ihrem Lehrerverband im Rahmen einer offiziellen Fortbildung mit LPM-Nummer die Didacta 2020 zu besuchen.

Folgen Sie uns auf facebook für weitere Informationen zur Didactafahrt 2020: www.facebook.com/verbandrealebildungsaarland





9. September 2019

#### Amtsangemessene Alimentation im Saarland

- Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation für das Haushaltsjahr 2019
- Offene Rechtsverfahren und Ausblick

Der fehlgeleitete Wettbewerbsföderalismus seit 2006 hat insbesondere im Haushaltsnotlageland Saarland dazu geführt, dass die Tarifergebnisse für die Tarifbeschäftigten nur zeitverzögert, teilweise oder gar nicht (Nullrunde 2011) übertragen wurden. Hinzu kommt der dem Abstandsgebot zuwiderlaufende zeitliche Versetz in höheren Besoldungsgruppen und die Beibehaltung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe. Diese Sparmaßnahmen seit 2011 haben dazu geführt, dass das Saarland im Besoldungsranking (Jahresgehalt) von Bund und Ländern zum Schlusslicht degradiert wurde. Mit dem vom dbb saar in der Einkommensrunde 2019 am 16. April 2019 erreichten Gesamtvolumen von 8,1 Prozent in der Besoldungstabelle für die Jahre 2019-2021, das um 0,3 Prozentpunkte höher liegt als der Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten, konnte der bisherige Abstand zu den anderen Bundesländern in der Besoldungstabelle geringfügig reduziert werden. Trotzdem bedeutet die weitere zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung (ab 1. August 2019 +3,2 %, ab 1. Juni 2020 +3,2 % und ab 1. April 2021 +1,7 %) gegenüber dem Tarifbereich (1. Januar 2019, 2020 und 2021) – und dies bereits im neunten Jahr in Folge – einen weiteren Einkommensverlust im Jahreseinkommen für die Beamtinnen und Beamten.

#### Offene Rechtsverfahren

Das **OVG des Saarlandes** hat aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 17. Mai 2018 festgestellt, dass die Besoldung der Beamten des Saarlandes in der Besoldungsgruppe A 11 in den Jahren 2011 – 2016 in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen war und hat das Verfahren dem **Bundesverfassungsgericht** zur Entscheidung vorgelegt. Nach Auffassung des OVG ergeben sich beim Vergleich der Beamtenbesoldung mit der Entwicklung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst, des Nominallohnindexes sowie des Verbraucherpreisindexes und unter Berücksichtigung des Abstands der untersten Besoldungsgruppe zum sozialrechtlichen Grundsicherungsniveau ausreichende Indizien, die eine umfassende Betrachtung und Gesamtabwägung der Verfassungsmäßigkeit des Alimentationsniveaus erforderlich machen.

Das *Bundesverfassungsgericht* (vgl. Beschluss des Zweiten Senats vom 23. Mai 2017- 2 BvR 883/14 -- 2 BvR 905/14 --) hat <u>zudem erneut</u> das **Abstandsgebot** als einen eigenständig hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben, der in enger Anbindung zum Alimentationsprinzip und zum Leistungsgrundsatz steht. Mit Schreiben vom 24. August 2017 forderte der dbb saar Landesregierung und Landesgesetzgeber auf, die zeitverzögerten Anpassungen - gestaffelt nach Besoldungsgruppen - für die Besoldungsjahre 2013 – 2016 an die jüngste Rechtsprechung des BVerfG anzupassen. Dies ist bisher nicht geschehen!

Wir stellen fest, den mit Artikel 33 Grundgesetz vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber im Saarland - wie auch in den meisten anderen Bundesländern - nicht nachgekommen.

Deshalb hat u.a. das Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht am 22. September 2017 erneut in 5 Musterverfahren (Az. 2 C 56.16, 2 C 57.16, 2 C 58.16, 2 C 4.17 und 8.17) die Frage vorgelegt, ob die den Berliner Beamten und Richtern gewährte Besoldung amtsangemessen ausgestaltet war. Zudem hat das OVG Berlin-Brandenburg am 11. Oktober 2017 (Az. 4 B 34.12) einen Aussetzungs- und Vorlagebeschluss erlassen, der ebenfalls die Frage der Gewährung der amtsangemessenen Alimentation in Berlin zum Gegenstand hat. Hinzu kommt der Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des OVG des Saarlandes vom 17. Mai 2018.

#### Rechtswahrung

Im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung und einer möglichen Rechtswahrung empfiehlt der dbb den Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängern wie bereits im Haushaltsjahr 2018 auch im Haushaltsjahr 2019 einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation beim Dienstherrn zu stellen. Hierzu stellt der dbb beiliegenden *Musterantrag* zur Verfügung.

Nach Rücksprache mit der Zentralen Besoldungsstelle (ZBS) soll den Antragsstellern die im Antrag für das Haushaltsjahr 2018 geforderte schriftliche Bestätigung über das Ruhen des Antrages bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sowie der Verzicht auf die Einrede der Verjährung noch in 2019 umgesetzt werden.

Sollte das Bundesverfassungsgericht zum Vorlagebeschluss des OVG des Saarlandes vom 17. Mai 2018 in 2020 noch zu keinem Urteil kommen, wird der dbb saar auch für das Haushaltsjahr 2020 einen Musterantrag zur Verfügung stellen.

#### Ausblick

Im Spitzengespräch am 16. April 2019 wurde auf Vorschlag des dbb saar eine "Besoldungskommission zur Weiterentwicklung der saarländischen Besoldung" unter Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eingerichtet, die auch im Hinblick der anhängigen Rechtsverfahren Lösungen erarbeiten soll, wie die saarländische Besoldung möglichst kurzfristig zumindest an das Mittelfeld der übrigen Bundesländern herangeführt werden kann. Die Besoldungskommission soll im Herbst ihre Arbeit aufnehmen.

dbb – wir sind näher dran!

www.dbb.de www.dbb-saar.de

# Aktuell Beamte



dbb beamtenbund und tarifunion landesbund

01. November 2019

### Absenkung Eingangsbesoldung

Antrag für Geltendmachung von Ansprüchen im Saarland

Das Bundesverfassungsgericht hat mit veröffentlichtem Beschluss vom 16. Oktober 2018 (Az. 2 BvL 2/17) die bis zum 31. Dezember 2017 geltenden baden-württembergische Besoldungsregelung für nichtig erklärt, welche die Absenkung der Beamten- und Richterbesoldung für die ersten drei Jahre des Dienstverhältnisses in bestimmten Besoldungsgruppen vorsah. Der dbb saar hatte hierüber mit einem dbb Aktuell im Dezember 2018 die Landes- und Kommunalbeamten, die im Saarland von der Absenkung der Eingangsbesoldung betroffen waren, informiert und auf die Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber dem Dienstherrn hingewiesen.

Da die Rechtsprechung des BVerfG vom 16. Oktober 2018 auch für das Saarland einschlägig und die zweijährige Absenkung der Eingangsbesoldung nach § 3b Saarländisches Besoldungsgesetz seit 2011 vergleichbar ist, hatte der dbb saar mit dem dbb Aktuell einen Musterantrag im Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Einkommensrunde 2019 konnte der dbb saar durchsetzen, dass die Absenkung der Eingangsbesoldung rückwirkend zum 1. April 2019 beendet wird.

#### **Hinweis:**

Die Entscheidung des BVerfG hatte zur Folge, dass alle von der nichtigen Regelung betroffenen Beamten und Richter in Baden-Württemberg ab dem Jahr 2015 in den Genuss einer Nachzahlung kamen. Eine weitere (vor 2015) rückwirkende Nachzahlung kam nur für diejenigen in Betracht, die ihre Ansprüche schon in den vergangenen Jahren gelten gemacht haben, da mit dieser Geltendmachung auch für die zurückliegende Zeit die Verjährungsregelung von drei Jahren zum Tragen kommt.

Im Hinblick auf die aktuelle Rechtslage und den Vorlagebeschluss des OVG des Saarlandes vom 17. Mai 2018 zur saarländischen Besoldung an das BVerfG empfiehlt der dbb den betroffenen Beamtinnen und Beamten zwecks möglicher Rechtswahrung auch im **Haushaltsjahr 2019** <u>für die Monate Januar bis März 2019</u>, einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation mindestens entsprechend dem saarländischen Landesbesoldungsgesetz - <u>längstens rückwirkend für die Jahre bis 2016</u> - beim Dienstherrn zu stellen. Hierzu stellt der dbb beiliegenden *Musterantrag* zu Verfügung.

#### Anmerkung:

Sollte sich das BVerfG nicht zur Absenkung der Eingangsbesoldung im Saarland äußern, müssten rechtmittelfähige Bescheide ergehen, gegen die eine Musterklage (mit Rechtsschutz des dbb) eingelegt werden kann. Der dbb wird über den weiteren Verlauf informieren!

dbb beamtenbund und tarifunion saar Hohenzollernstraße 41, 66117 Saarbrücken Tel. 0681/ 51708, Fax 0681/ 581817

Absender	
Personalnummer:	

#### Musterantrag

Hinweis: Wegen besserer Erfassung der Anträge bei der ZBS bitte Formular nicht handschriftlich, sondern im PC bearbeiten und ausdrucken! (Download möglich bei www.dbb-saar.de)

An die

zuständige Bezügestelle (Adressat je nach Dienstherrn anpassen!)

Datum

Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation mindestens entsprechend dem saarländischen Landesbesoldungsgesetz für die Jahre 201? bis Januar/Februar/März 2019

(bitte einfügen bzw. löschen; der Antrag kann längstens rückwirkend bis 2016 gestellt werden)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Gewährung ihrer Besoldung entsprechend dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation, die sich u.a. mindestens durch das jeweils geltende Besoldungsgesetz ergibt.

Unabhängig von der Frage, ob die Besoldung im Saarland den vom Bundesverfassungsgericht in seinen grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat in seinem Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung - Az.: 2 BvL 5/13 -) aus dem Jahr 2015 ausdrücklichen und verbindlichen Festlegung getroffenen Prüfungskriterien entspricht, steht mir auf jeden Fall eine nicht abgesenkte Besoldung zu. Die jeweiligen Beträge ergeben sich aus den für das Saarland geltenden Besoldungstabellen für die Jahre 2016 bis 2019.

Von diesen Besoldungstabellen wurde bei mir in den Jahren 201? und/bis 201? abgewichen, indem bei mir eine Absenkung i.H.v. Festbetrag 110 Euro/150 Euro/240 Euro/190 Euro/350 Euro vorgenommen wurde. Diese Absenkung ist jedoch nichtig, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 16. Oktober 2018 (Az. 2 BvL 2/17) ausdrücklich für das Land Baden-Württemberg festgestellt hat. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist auch für das Saarland einschlägig, da eine vergleichbare Regelung im Saarländischen Besoldungsgesetz enthalten ist.

Im Hinblick auf diese Rechtsprechung beantrage ich

## die Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung, mindestens ohne die vorgenommene Absenkung.

Gleichzeitig bitte ich, bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der saarländischen Besoldung meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.



# dbb aktuell

November 2019

#### Neuregelungen im Beamtenrecht

Im Rahmen der Gespräche "Zukunftssichere Landesverwaltung" zwischen der Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen wurden am 16. April 2019 und in den nachfolgenden Quartalsgesprächen unter Federführung der Staatskanzlei eine Vielzahl von Maßnahmen vereinbart, die die Beschäftigungsbedingungen weitergehend flexibilisieren und stärker an die verschiedenen Lebenssituationen der Beschäftigten anpassen. Damit werden eine Reihe von Grundforderungen des dbb umgesetzt.

Die Verordnung zur Änderung urlaubs-, arbeitszeit-, elternzeit-, mutterschutz- und nebentätigkeitsrechtlicher Vorschriften wurde im Amtsblatt des Saarlandes vom 14. November 2019 veröffentlicht.

#### Die wichtigsten Änderungen:

#### Urlaubsverordnung

In § 4 Absatz 1 wurde neu aufgnommen, dass zuviel genommener Urlaub so bald wie möglich auf einen neuen Urlaubsanspruch angerechnet wird. <u>Beispiel:</u> Ein Beamter nimmt im Januar vier Wochen (20 Tage) Urlaub. Ab 1.

Juli lässt er sich für ein Jahr ohne Bezüge beurlauben. Dies hat zur Konsequenz, dass der Urlaubsanspruch für dieses Jahr nach Absatz 5 nur 15 Urlaubstage beträgt und der zuviel genommene Urlaub von 5 Tagen nach Aufnahme des Dienstes auszugleichen ist.

Urlaub (§ 6 Absatz 3), der nicht bis zum 31. Dezember des Folgejahres erteilt und genommen ist und nicht nach Absatz 5 angespart wird, verfällt. Durch das Hinausschieben um drei Monate wird den Bediensteten ein Mehr an Flexibilität ermöglicht.

Bisher konnten Beamtinnen und Beamte den Teil des Erholungsurlaubs, der 20 Arbeitstage übersteigt, auf Antrag ansparen (§ 6 Absatz 5), solange ihnen für mindestens ein Kind unter zwölf Jahren die Personensorge zustand. Losgelöst von diesen familienbezogenen Voraussetzungen wird diese Möglichkeit nunmehr allen Beamtinnen und Beamten ermöglicht. Die maximale Anzahl an Urlaubstagen, die 20 Arbeitstage übersteigen, wird von 40 auf 50 Tage erhöht.

Die neue Formulierung in § 14 Absatz 1 Nr. 1a "Dienstbefreiung bei der Niederkunft der Ehefrau oder der eingetragenen Lebenspartnerin, bei der Geburt des leiblichen Kindes oder bei der Inobhutnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind", wird der familiären gesellschaftlichen Wirklichkeit nunmehr gerecht.

#### Arbeitszeitverordnung

Mit der Ergänzung in § 5 Absatz 1 wird die Möglichkeit eröffnet, die Arbeitszeit aus familiären Gründen (SBG § 79) ohne Pause über sechs Stunden hinaus bis zu sechseinhalb Stunden festlegen zu können, auch im Rahmen einer unterhälftigen Teilzeitbeschäftigung.

Bislang konnte der Freistellungszeitraum im Rahmen des Sabbatjahres nur als komplettes Jahr genommen werden. Künftig kann zwischen einer Freistellung von einem halben oder einem Jahr gewählt werden. Dabei darf der nach Jahren zu bemessende Gesamtzeitraum der Teilzeitbeschäftigtung ein Jahr nicht unterschreiten und sieben Jahre nicht überschreiten. Die Freistellung kann nur am Ende des bewilligten Gesamtzeitraums der Teilzeitbeschäftigtung in Anspruch genommen werden. Gleiche Änderungsregelung gilt auch in der Arbeitszeitverordnung der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten.

#### Elternzeitverordnung

Für die Berechnung der zulässigen Höchstarbeitszeit während der Elternzeit (§ 1 Absatz 5) wird künftig ein Zeitraum von bis zu einem Monat zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum dürfen 30 Wochenstunden nicht überschritten werden. Dies ermöglicht Beamtinnen und Beamten eine höhrere Flexibilität, da kurzfristig auch mehr als 30 Wochenstunden gearbeitet werden können, wenn innerhalb eines Monats die durchschnittliche Arbeitszeit von 30 Stunden nicht überschritten wird.

#### Mutterschutzverordnung

In § 2 der neuen Mutterschutzverordnung wird darauf verwiesen, dass auf die Beschäftigung von Beamtinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit, die Vorschriften des Mutterschutzgesetzes anzuwenden sind (Amtblatt des Saarlandes Teil I vom 14. November 2019 Seiten 866-867).

#### Nebentätigkeitsverordnung

In § 9 wurde festgelegt, dass künftig auch für eine Lehrtätigkit an der Saarländischen Verwaltungsschule (SVS) das Vergütungsverbot des § 7 und die Ablieferungspflicht des § 8 nicht mehr gelten. Insofern wird das Lehrpersonal an der SVS mit dem an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes (FHSV) gleichgestellt, da auch die dortigen Lehrkräfte

für die Ausbildung im öffentlichen Dienst zuständig sind.

Der Gesetzesentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften und zur Einrichtung eines Sondervermögens "Pensionsfonds Saarland" befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Nachfolgende Verbesserungen sind vorgesehen:

#### Besoldungsgesetz (Überleitung Saar)

§ 27 Absatz 1 BBesG – ÜL Saar, der das System der Erfahrungsstufen regelt und die wesentlichen Tatbestandsmerkmale für die Berücksichtigung beruflicher Tätigkeiten im Rahmen der Stufenfestsetzung nennt, soll durch eine Regelung zur Gleichstellung von Zeiten einer Kinderbetreuung bis zu drei Jahren für jedes Kind erweitert werden.

Übergangsregelung für die nachträgliche Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten

Besoldungsempfänger können - sofern bei ihnen Kinderbetreuungszeiten vorliegen - die aufgrund der bisher geltenden Regelungen keine Berücksichtigung beim Erfahrungsdienstalter fanden, auf Antrag eine Neuberechnung und -festsetzung ihrer Erfahrungsstufe beantragen. Die neue Stufenfestsetzung gilt rückwirkend ab dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes. Die Wahrnehmung des Antragsrechts soll bis zum 31. Dezember 2020 befristet werden.

#### dbb - Nähe ist unsere Stärke!

#### Herausgeber:

dbb beamtenbund und tarifunion saar Hohenzollernstraße41, 66117 Saarbrücken Tel. 0681/ 51708, Fax 0681/ 581817 Mail: post@dbb-saar.de/

Internet: <u>www.dbb-saar.de</u>

Info/Aktuell\_Neuregelungen\_Beamtenrecht2019

# PRESSEMITTEILUNGEN

## VRB Saar erstaunt über kurzfristige Entscheidung des Bildungsministeriums zur Kürzung von Lehrerstunden im Bereich der Freiwilligen Ganztagsschule

Der Verband Reale Bildung Saarland ist erstaunt über die Entscheidung des Ministeriums, die Lehrerzuweisungsstunden für den freiwilligen Ganztag von fünf auf zwei zu reduzieren. Diese Entscheidung kam aus dem Nichts! Weder Schulleitungen noch freie Träger, welche die Organisation und Betreuung der Schüler am Nachmittag regeln, wurden vorab informiert. Einen Tag vor den Sommerferien mit solch einschneidendem Stundenabbau in diesem Bereich zu agieren zeigt deutlich, was Minister Commercon

von dem freiwilligen Ganztagsangebot seiner Gemeinschaftsschulen hält.

Dieser Einschnitt wird der Qualität der Schülerbetreuung nicht zuträglich sein. Fraglich bleibt auch, ob die freien Träger innerhalb der Sommerferien die entstehenden Lücken der Betreuung überhaupt personell schließen können.

Für die VRB-Vorsitzende Karen Claassen ist klar: "Dies ist ein gewolltes Ausbluten der Gemeinschaftsschulen im freiwilligen Ganztag. Erst sollen nur im gebundenen Ganztag die Klassengrößen reduziert werden, was schon eine Ungerechtigkeit bedeutete, und nun wird durch die Veränderung der Lehrerpersonalisierung die Freiwillige Ganztagsschule ein Auslaufmodell. Als Konsequenz davon wird den Eltern eine Wahlmöglichkeit zur Beschulung ihrer Kinder innerhalb der Schullandschaft im Saarland bewusst entzogen."

PM des VRB Saar vom 1. Juli 2019

#### Deutscher Lehrerverband lobt Initiative für ein bundesweites Abitur

Für ihren Vorstoß zur mittelfristigen Einführung eines bundesweit geltenden Zentralabiturs hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, die badenwürttem-bergische Kultusministerin Susanne Eisenmann gelobt und die Politik aufgefordert, endlich zu handeln, um Vergleichbarkeit und Qualität des Abiturs in Deutschland wiederherzustellen. Er freue sich, dass damit ein Vorschlag des DL aufgegriffen worden sei.

Er betonte: "Spätestens nach den Vorgängen rund um das Matheabitur 2019 und der Fest-stellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Abiturnoten in Deutschland derzeit nicht

vergleichbar sind, besteht dringender Handlungsbedarf, wenn man das Abitur als entscheidende Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland retten will." Der Verbandsvorsitzende verwies darauf, dass das Modell des gemeinsamen Aufgabenpools, der die Vergleichbarkeit sichern sollte, praktisch gescheitert sei und fügte an: "Ein Aufgabenpool, der es erlaubt, dass Länder sich gar nicht daraus bedienen bzw. daraus entnommene Aufgaben abändern und der es sogar ermöglicht, dass nachträglich in die Bewertung von Aufgaben aus dem Pool eingegriffen wird, ist das Papier nicht wert, auf dem diese Aufgaben geschrieben stehen!"

Die einzige logische Konsequenz könne nur lauten, statt eines Aufgabenpools gemeinsame Prüfungen in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache anzustreben und diese auch nach gleichen Erwartungshorizonten zu bewerten, so Meidinger. Jenseits dieser Kernfächer dürfe es durchaus weiter Spielräume für landeseigene Schwerpunktsetzungen geben.

Er ergänzte: "Dafür müssen in einem Staatsvertrag zwischen den Ländern klare Vereinbarungen und ein fester Zeitplan entwickelt werden. Wegen der in den Ländern notwendigen Anpassungen u.a. der Lehrpläne halte ich das Zieldatum 2025 bis 2030 als Termin

für das erste deutschland-weite Zentralabitur für möglich und realistisch!" Im Gegensatz zu Frau Eisenmann glaubt der DL-Präsident allerdings, dass auch ein Nationaler Bildungsrat bei der angestrebten Staatsvertragslösung ein hilfreicher Partner sein könnte.

Als Grundbedingung eines Zentralabiturs am gleichen Tag in Kernfächern bezeichnete es Meidinger, dass diese Vereinheitlichung nicht auf Kosten der Qualität erfolgen dürfe. Er gehe allerdings davon aus, dass bei gleichen Bedingungen die Qualität der Abiturienten aus den verschiedenen Bundesländern auch gerechter beurteilt und klarer sichtbar werden könne.

"Weiterwursteln mit den Aufgabenpools wie bisher würde bedeuten, dass das Abitur seine Bedeutung und seine Funktion bei der Studienzulassung verlieren wird. Hochschuleingangs-prüfungen als Alternative bringen aber mit Sicherheit weder mehr Vergleichbarkeit noch mehr Qualität und schon gar nicht mehr Bildungsgerechtigkeit!" sagte der DL-Präsident abschließend.

PM des Deutschen Lehrerverbandes (DL) om 4. Juli 2019

#### Deutscher Lehrerverband zum Bitkom-Vorschlag

#### Forderung nach Smartphones für alle Grundschüler ist verantwortungslos!

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, erteilt der Forderung des Bitkom-Präsidenten Achim Berg an die Eltern, ihren Kindern bei der Einschulung ohne Ausnahme bereits ein Smartphone zur Verfügung zu stellen, eine strikte Absage.

Er betonte: "Diese Forderung ist nicht nur falsch, sie ist in höchstem Maße verantwortungslos und hat mit kindgerechter Medienerziehung nichts zu tun! Offensichtlich geht es dem Bitkom-Verband bei seiner Lobbyarbeit mehr darum, den Verkauf von Handys zu forcieren und neue Absatzmärkte zu erschließen, als darum, Kinder schrittweise an einen vernünftigen Umgang mit digitalen Geräten und Medien heranzuführen!"

Der Verbandschef weiß sich in der

Ablehnung dieser Forderung einig mit allen Landesmedienanstalten in Deutschland. Die Hauptaufgabe von Erstklässlern sei es, erst einmal die zentralen Kulturtechniken zu lernen, dazu gehöre vor allem die Lese- und Schreibkompetenz, so Meidinger.

Er ergänzte: "Erstklässler, die noch nicht richtig lesen und schreiben können, nutzten erfahrungsgemäß das Handy vor allem zum Videoschauen und für Spiele. Das aber hat mit verantwortungsvoller, umfassender Medienbildung nichts zu tun! Mit einem unbeschränkten Internetzugang sind Sechsjährige nicht nur überfordert, es besteht auch die Gefahr von Verängstigung und Verunsicherung!"

Gott sei Dank, so der Verbandsvorsitzende, sei die Mehrzahl der Eltern deutlich vernünftiger als der BitkomVerband. Meidinger plädierte dafür, an Grundschulen beim Einsatz digitaler Endgeräte vor allem auf Laptops und Computer mit kind- und altersgerechten Programmen zu setzen.

Aber auch an weiterführenden Schulen und damit bei älteren Schülern führe der unbegrenzte Zugriff von Schülern auf Whatsapp, Instagram und Youtube zunehmend zu massiven Problemen, sagte der Verbandschef abschließend: "Das Handy ist dort nicht selten zum bevorzugten Mobbinginstrument geworden, und viele Jugendliche sind in den sozialen Netzwerken ohne jede Sicherheitseinstellung unterwegs. Wollen wir diese Missstände und Gefahren jetzt auch schon auf Sechsjährige ausdehnen?"

PM des DL vom 1. August 2019

#### VRB Saarland unterstützt Forderung nach einem Nachtragshaushalt

Der Verband Reale Bildung im Saarland unterstützt die Forderung, die u.a. von Bildungsminister Commercon erhoben wird, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, der u.a. eine

Aufstockung der Lehrerstellen zum Ziel hat. Die Entwicklung der saarländischen Schullandschaft der letzten Jahre zeigt, dass die Situation an vielen Schulstandorten angespannt ist und die Herausforderungen vielfältig sind. In Bildung investiertes Geld ist qut investiertes Geld.

PM des VRB Saar vom 1. August 2019

#### VRB Saarland begrüßt die Einrichtung neuer Förderschulen

Der Verband Reale Bildung, der Gemeinschafts- und Förderschullehrer im Saarland vertritt, begrüßt die Eröffnung zweier neuer Förderschulen in Altenkessel und Weiskirchen zum neuen Schuljahr und wünscht den dortigen Schulgemeinschaften alles Gute und viel Erfolg in ihrer Arbeit. Durch den Aufbau zweier Schule zur speziellen Förderung von Kindern mit emotional-sozialen Problematiken wird nach Ansicht des VRB das Bildungswesen im Saarland gestärkt.

In Hinblick auf die immer größer werdende Heterogenität der Schülerschaft war es dem VRB immer wichtig, dass jedes Kind die Anschlussfähigkeit erreicht, um ein selbstständiges und erfülltes Leben zu führen. In der Inklusion führen die fehlenden Rahmenbedingungen zur Überforderung aller Beteiligten. Hier ist es wichtig, dass die Förderschulen einigen Kindern die Möglichkeit geben in kleineren Lerngruppen, die auf ihre individuellen Besonderheiten abgestimmt sind, zu lernen. Auch das Miteinander will gelernt sein.

Der VRB wünscht sich ein - schon lange notwendiges - Umdenken in Zusammenhang mit den verwendeten Begrifflichkeiten. Warum bedeutet

für nicht wenige Ungleichheit gleich Ungerechtigkeit? Warum unterstellen noch immer diverse Parteien und Organisationen den Förderschulen negative Ausgrenzung von Schülern mit Beeinträchtigung und nicht positive spezielle Förderung?

In 10 Jahren Inklusion haben sich alle Schulformen, auch die Förderschulen, mit den gesellschaftlichen Anforderungen dieses Themas auseinandergesetzt, weiterentwickelt und sind an den Anforderungen gewachsen.

PM des VRB Saar vom 2. August 2019

#### Solidarität mit Hongkong!

Die Erziehung zur Demokratie und der Erhalt demokratischer Grundrechte sind elementare Eckpfeiler der Freiheit. VDR-Bundesvorsitzender ruft zur Solidarität mit den Lehrkräften in Hongkong auf.

"Es ist unsere Pflicht als Lehrkräfte in einem demokratischen Land, die Kolleginnen und Kollegen in Hongkong in ihrem Kampf zur Erhaltung der demokratischen Grundrechte zu unterstützen. Gerade die Erziehung junger Menschen zu demokratisch denkenden und frei handelnden Persönlichkeiten muss im Mittelpunkt aller Bildungsbemühungen stehen. Niemals dürfen junge Menschen zum Spielball von Ideologien oder totalitären Systemen werden", so Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) angesichts der jüngsten Entwicklungen in Hongkong.

Böhm solidarisiert sich klar mit Fung Wai-wah, dem Präsidenten der Lehrergewerkschaft PTU, der die jüngsten Demonstrationen am Wochenende in Hongkong organisierte. "Nach den Erfahrungen des Tiananmen-Massakers vom 4. Juni 1989 darf die freie, demokratische Welt im Jahr 2019 nicht noch einmal tatenlos zusehen, dass eine Demokratiebewegung in China von Pekings Panzern niedergewalzt wird", fordert Böhm.

Gerade im 30. Jahr des Mauerfalls sei es die vornehmste Verantwortung der demokratisch denkenden Menschen in Deutschland, dass alles getan werden muss, um eine Demokratiebewegung, wo auch immer auf der Welt, zu unterstützen. Die historische Chance einer Demokratisierung sei 1989 den Menschen in China schmerzlich verwehrt worden.

"Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit und zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Nur der freie Mensch wird die Zukunft unseres Planeten gestalten können – allen Einschränkungen und totalitären Fesseln muss mit der Kraft der Bildung und Aufklärung entgegengewirkt werden! Deshalb darf das demokratische Pflänzchen Hongkong nicht zertreten werden", so Böhm abschließend.

PM des VDR Bund vom 21. August 2019



VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm

#### VRB Saarland zum Wechsel an der Spitze des Bildungsministeriums

Zur heute erfolgten Ernennung von Christine Streichert-Clivot zur neuen Ministerin für Bildung und Kultur erklärt Karen Claassen, Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung:

"Im Namen des Verbandes Reale Bildung beglückwünsche ich Christine

Streichert-Clivot zu ihrer Ernennung als Ministerin und biete ihr eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Der Verband Reale Bildung hofft insbesondere auf eine Stärkung des Leistungsgedankens im saarländischen Schulwesen und auf einen

Abbau der befristeten Lehrerverträge durch die neue Ministerin."

PM des VRB Saar vom 18. September 2019

#### Bildung darf nicht ausgehebelt werden -

#### Schulpflicht ist eine demokratische Errungenschaft

Umwelterziehung und Klimaschutz muss umfassend in den Schulen Platz finden

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), Jürgen Böhm, nimmt zu den geplanten "Klimastreiks" für Schülerinnen und Schüler klar Stellung: "Umwelterziehung und Klimaschutz sind feste Bestandteile eines zukunftsorientierten und modernen Unterrichts. Die jungen Menschen müssen gerade in der Schule erfahren, wie wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und aktiv schützen können. Ein sogenannter Streik während der Unterrichtszeit gehört jedoch sicher nicht zu den geeigneten Maßnahmen."

Dass Umweltschutz und Klimawandel zentrale Themen sind, die gerade die junge Generation bewegt, sei unbestritten. Lehrkräfte müssen genau diese Themen in verschiedenen pädagogischen, methodischen und didaktischen Formaten aufgreifen und den Jugendlichen vielfältige Inhalte und Lösungsmöglichkeiten darstellen. Dies hätte im Unterricht während der Schulzeit geschehen. "Wie die jungen Menschen ihre Meinung im Hinblick auf Umwelt außerhalb der Unterrichtszeit zeigen, ist ihre persönliche Angelegenheit. Aber die Schulpflicht, besser das Recht auf Bildung, darf durch solche Aktionen nicht aufgeweicht werden", bekräftigt Böhm.

Außerdem sei der Begriff eines 'Streiks' ohnehin zu hinterfragen, da dieser genauen Regeln der Tarifpartner unterliege, so der Bundesvorsitzende.

Dem Versuch bestimmter Interessensgruppen, den schulischen Raum politisch zu instrumentalisieren, muss auch im Zusammenhang mit diesem wichtigen Thema vehement entgegengetreten werden.

An die Kolleginnen und Kollegen wendet sich Böhm daher mit folgendem Appell: "Keine Schülerin und kein Schüler darf zu einer Aktion gedrängt werden, die im Zusammenhang mit einer politischen Meinungsäußerung steht und jede Lehrkraft in unserem Land ist verpflichtet sich auf dem Boden des Grundgesetzes zu bewegen".

PM des VDR Bund vom 19. September 2019

### Deutscher Lehrerverband fordert anlässlich des Weltlehrertags mehr Wertschätzung durch Politik und Gesellschaft

Mehr Wertschätzung für Lehrkräfte durch Politik und Gesellschaft hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, anlässlich des Weltlehrertags am morgigen 5. Oktober 2019 eingefordert.

Er erinnerte daran, dass die Anforderungen an den Lehrerberuf in den letzten Jahrzehnten angesichts von wachsender Heterogenität der Schülerschaft, Integrationsproblemen, Inklusion und Digitalisierung enorm gestiegen seien.

Der Verbandsvorsitzende betonte: "Gute Bildung ist nach wie vor die größte Chance für Kinder und Jugendliche, in diese Gesellschaft erfolgreich zu starten und später als mündige Bürger ihr Leben und die Zukunft der Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Außerdem ist Schule gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung und Individualisierung der Gesellschaft ein ganz wichtiger, wenn nicht der letzte Ort, wo Konsensbildung, Besinnung auf gemeinsame kulturelle Werte und staatsbürgerliche Bildung noch möglich ist."

Unsere Lehrkräfte benötigten – so Meidinger – zur Erfüllung ihrer Aufgaben aber deutlich mehr Rückendeckung von Gesellschaft und Politik als bisher. "Wer zulässt, dass befristet angestellte Lehrkräfte während der Ferien regelmäßig entlassen werden, wer den Schulen und Lehrern bei steigenden

Gewaltvorfällen und zunehmendem Cybermobbing nicht aktiv beisteht und wer zulässt, dass die Arbeitsbelastung von Lehrkräften ständig steigt, muss sich nicht wundern, wenn dieser an sich so erfüllende und wichtige Beruf von immer weniger jungen Menschen angestrebt wird. Das muss sich dringend ändern!", sagte der DL-Präsident.

Er verwies abschließend auf das immer noch gültige Zitat des großen deutschen Philosophen und Psychiaters Karl Jaspers:

"Das Schicksal einer Gesellschaft wird dadurch bestimmt, wie sie ihre Lehrer achtet."

PM des DL vom 4. Oktober 2019

#### Schule muss für die Jugend ein Ort der Aufklärung, der Realität und der Demokratie sein

Shell Jugendstudie zeigt wachsende Anfälligkeit für Populismus bei Jugendlichen

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), Jürgen Böhm, sieht in der Studie ein klares Zeichen, dass Bildung, Vermittlung von Wissen über naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge für Jugendliche wichtiger denn ie ist.

"Junge Menschen dürfen nicht zum Spielball von Populisten und Extremisten werden oder billigen, gut zu verkaufenden Fake-News aufsitzen. Gefordert ist ein kritisches Herangehen an gesellschaftliche Entwicklungen und keine Panikmache oder die Suche nach einfachen Sündenböcken", so Jürgen Böhm am Rande der Vorstel-

lung der Studie in Berlin.

In der Untersuchung werden alle vier Jahre etwa 2500 Jugendliche zwischen zwölf und 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihrem Interesse an Politik und zu ihren Ängsten befragt. Die Studie wurde von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey zusammen mit Sozialwissenschaftler Mathias Albert in Berlin veröffentlicht.

Böhm fordert in diesem Zusammenhang eine klare Stärkung der Schulen und der Bildung in unserem Land. "Jugendliche von heute wollen sich austauschen, diskutieren, die Zukunft gestalten, den eigenen Weg finden. Dazu müssen wir ihnen in den Schulen entsprechende Freiräume schaffen und ihnen Lehrkräfte zur Seite stellen, die hervorragend ausgebildet sind,

Antworten auf drängende Fragen geben und Leistung fördern und fordern können."

Allen Tendenzen, die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Menschen einzuschränken, differenzierte Bildungswege zu negieren und die Freiheit der jungen Menschen einzuschränken muss vehement entgegengewirkt werden.

"Unserer Jugend muss der Weg in eine glückliche Zukunft geebnet werden. Dabei helfen keine Untergangsszenarien weiter, sondern es müssen verschiedenste realistische Ziele aufgezeigt werden, die mit Engagement, Wissen und Eigeninitiative erreicht werden können", so Böhm abschließend.

PM des VDR Bund vom 16. Oktober 2019

#### VRB Saarland: Entwicklung der Schülerzahlen an Förderschulen unterstreicht deren Bedeutung

Erneut steigen die Zahlen der Umschulungen an die Förderschulen und auch die Zahl der an Förderschulen beschulten Schüler steigt leicht.

Der VRB Saarland stellt fest, dass dieser Trend bereits in den letzten Jahren ein Thema war. Schon vor einem Jahr wurde gefordert, Gründe für diese Umschulungen festzustellen. Das ist leider nicht geschehen. (siehe SZ vom 24.09.2019)

Im August sorgte es für einigen Un-

mut, dass zum neuen Schuljahr zwei neue Förderschulen eröffnet wurden. Dass auch in Zeiten der Inklusion, die Eltern das Recht haben, den Beschulungsort für ihr Kind frei zu wählen, zeigt, dass die besondere und spezialisierte Förderung in einer Förderschule Anklang findet.

Weiterhin forderte nicht nur der VRB dazu auf, alle Schüler, die egal an welchem Schulort eine sonderpädagogische Unterstützung bekommen, aber auch Schüler, die eine besondere pädagogische Förderung erhalten und nach einem individuellen Förderplan unterrichtet werden, zu erfassen, um die benötigten Ressourcen im Personalbereich feststellen zu können.

Deshalb erneuert der VRB seine Forderung nach einer qualitativen Förderung aller Schülerinnen und Schüler durch gut ausgebildetes Personal an allen Schulformen.

PM des VRB Saar vom 17. Oktober 2019

#### Große Besorgnis über IQB-Ergebnisse beim Deutschen Lehrerverband

DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger äußerte sich sehr besorgt über die aktuellen Ergebnisse der heute veröffentlichten IQB-Bildungsstudie, die die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften untersucht hat. Zwar bleiben die bundesweiten Durchschnitte im Vergleich zur letzten Untersuchung in diesem Bereich ungefähr gleich, doch haben sich vor allem in den neuen Bundesländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Ergebnisse signifikant verschlechtert.

Der Verbandsvorsitzende betonte: "Auffallend ist, dass mit Bayern und Sachsen gerade die beiden Bundesländer in der Lage sind, ihre Ergebnisse zu halten oder sogar zu verbessern, die am wenigsten an ihren Schulformen herumexperimentiert haben und am meisten auf ein differenziertes, begabungsgerechtes Schulsystem und den Leistungsgedanken setzen."

Dass die Gymnasien mit Ausnahme weniger Länder wie Sachsen und Bayern dieses Mal schlechter abgeschnitten haben, zeige die Vernachlässigung dieser Schulart in vielen Bundesländern. Dies lasse sich beispielsweise an zu geringen finanziellen und personellen Ressourcen für Begabungsförderung festmachen. Die Gruppe von Schülerinnen und Schülern in der höchsten Kompetenzstufe sei in Bayern und Sachsen deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Meidinger forderte die Bundeslän-

der auf, den Grundsatz der individuellen Förderung umfassend ernst zu nehmen und neben der Förderung leistungsschwächerer Schüler die leistungsstärkeren nicht zu vernachlässigen.

Ein großes Problem bleibe, so der DL-Präsident abschließend, dass die Leistungen von Jungen mit Ausnahme des Faches Mathematik immer weiter hinter den Leistungsergebnissen von Mädchen hinterherhinken. Es gehe jetzt darum, die Ursachen aufzuklären und langfristige Gegenstrategien etwa im Rahmen der Medienerziehung zu entwickeln. Eine der Ursachen könnte das unterschiedliche Medienverhalten von Jungen und Mädchen sein.

PM des DL vom 18. Oktober 2019

#### VRB Saar zeigt sich nicht überrascht: Schlechte IQB-Ergebnisse hausgemacht

Das schlechte Abschneiden der Neuntklässler im Saarland in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern (IQB-Bildungsstudie) ist für den VRB nicht überraschend. Wiederholt hat der Verband auf den Verlust der Bildungsqualität hingewiesen, wenn nicht die notwendige, der Heterogenität der Schülerschaft angepasste Personalisierung der Lehrer erfolgt. Unterstützung durch multiprofessionelle Teams ist dabei ein Muss, jedoch fehlen sie an vielen Schulen. Ein positiver Anfang durch die Aufstockung der Anzahl der Schulsozialarbeiter wurde gemacht, reicht jedoch bei Weitem nicht aus.

Eine Zusammenlegung der Fächer Biologie, Chemie und Physik zu einem Fach Naturwissenschaften, obwohl es bis heute keinen ausgebildeten Naturwissenschaftslehrer gibt, kann nicht folgenlos bleiben. Eine Trennung in die einzelnen Fächer ist in der Gemeinschaftsschule frühestens ab Klasse 8 möglich. Ebenso kann man dies für die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde feststellen, die in der Gemeinschaftsschule bis einschließlich Klasse 8 als Fach Gesellschaftswissenschaften unterrichtet werden. Immer wieder haben Lehrer u.a. auf diese Problematiken hingewiesen.

Durch überwiegend politisch motivierte Veränderungen an den bestehenden äußeren und somit auch inneren Schulstrukturen in den letzten Jahrzehnten wurde somit eine bessere Anschlussfähigkeit unserer Schüler an den Arbeitsmarkt nicht wie gewünscht

erreicht. Fortbildungen für Lehrer, die die Problematik der Heterogenität der Klassen im Blickpunkt haben, werden hier nur "ein Tropfen auf dem heißen Stein" sein, jedoch nicht die bestehenden Probleme lösen.

Der VRB fordert deshalb erneut eine engere Zusammenarbeit von Lehrern in der Praxis, Lehrerverbänden und Elternverbänden mit den verantwortlichen Mitarbeitern des Bildungsministeriums, um wirkliche Lösungswege aus der aufgezeigten Bildungsmisere im Saarland zu finden.

PM des VRB Saar vom 22. Oktober 2019

#### Deutscher Lehrerverband über derzeitige Handlungsunfähigkeit der KMK frustriert!

Harte Kritik an der Kultusministerkonferenz hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, geäußert. Er betonte: "Es ist absolut frustrierend: Die Bildungsqualität in Deutschland muss gesichert und verbessert und gleichzeitig eine hohe Vergleichbarkeit angestrebt werden, um den in die Kritik geratenen Bildungs-föderalismus auf eine sichere neue Grundlage zu stellen. Trotzdem schaffen es unsere Schulministerinnen und Schulminister Sitzung für Sitzung nicht, dies mit einem Grundsatzbeschluss über einen Bildungsstaatsvertrag in Verbindung mit der Einrichtung des im Koalitionsvertrag vereinbarten nationalen Bildungsrats umzusetzen."

Der Verbandsvorsitzende verwies darauf, dass in allen Bundesländern das demoskopische Urteil über die Zuständigkeit der Bundesländer für Bildungsfragen miserabel ausfalle. Ursachen dafür seien tatsächliche Missstände, für die zwar einzelne Bundesländer mehr Verantwortung trügen als andere, für deren Beseitigung aber alle gemeinsam in der Pflicht seien. Meidinger nannte als Beispiele die enormen Unterschieden bei Schülerleistungs-vergleichen schen Bundesländern im Umfang von über zwei Lernjahren, die bereits 2017 sogar vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Unvergleichbarkeit der deutschen Länderabiture, der Wildwuchs an Schularten und Lehramtsstudiengängen sowie die dadurch erschwerte Mobilität zwischen den Bundesländern.

Er bekräftigte: "Wir brauchen einen Bildungsstaatsvertrag, um die Bildungsqualität in Deutschland durch konkrete, detaillierte Festlegungen und Beschlüsse beispielsweise hinsichtlich vergleichbarer Abschlussprüfungen auf hohem Niveau zu regeln.

Nur so werden wir der Verpflichtung, unseren Kindern und Jugendlichen vergleichbare Lebens- und Zukunftschancen durch bestmögliche Bildung zu bieten, gerecht werden können!" Der DL-Präsident ließ allerdings keinen Zweifel an seiner Überzeugung aufkommen, dass die Zuständigkeit für Bildung am besten bei den Bundesländern aufgehoben sei.

Voraussetzung dafür sei aber, dass es einen funktionierenden Wettbewerbsföderalismus gebe und dass man sich bei KMK-Beschlüssen nicht regelmäßig mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden gebe. Meidinger appellierte in diesem Zusammenhang auch an die Ministerpräsidenten und die Parlamente der Länder, ihrer Verantwortung für diese riesige Zukunftsaufgabe gerecht zu werden und parteipolitische Erwägungen hintanzustellen.

PM des DL vom 1. November 2019

#### Deutscher Lehrerverband über derzeitige Handlungsunfähigkeit der KMK frustriert!

Verband Deutscher Realschullehrer appelliert an die Verteidigung demokratischer Grundrechte – umfassende Bildung stärkt demokratische Errungenschaften und Freiheit des Einzelnen

"Der Fall der Berliner Mauer am og.11.1989 stellt nicht nur für die Menschen im Ostteil unseres Landes eine zentrale Zäsur dar, die uns immer an die Kraft der Freiheit und der Demokratie erinnern muss", so Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes am Rande der Festlichkeiten zum 30. Jahrestages des Mauerfalls in Berlin.

Die Feinde der Demokratie ruhen bis heute nicht, auch nach den Erfahrungen der Geschichte, die demokratischen Errungenschaften in Deutschland zu diskreditieren und Geschichtsfälschung zu betreiben.

Gerade die Bildung in einem demokratischen Gemeinwesen hat die verantwortungsvolle Aufgabe, jungen Menschen die Lehren der Geschichte vor Augen zu führen. Angesichts der politischen Entwicklung und der aktuellen Wahlergebnisse in unserem Land, ist es die vornehmste Aufgabe der Bildung sich mit den dunkelsten Stunden deutscher Geschichte intensiv auseinanderzusetzen. Die erlangten Freiheiten erfordern dringlich Verantwortung der Bildung und der Politik, die demokratischen Werte und Selbst- und Mitbestimmung aller Bürger zu würdigen und anzuerkennen.

"Jungen Menschen in unserem Land muss bewusst gemacht werden, dass die scheinbar unantastbaren demokratischen Grundrechte und die Freiheit des Menschen keine Selbstverständlichkeiten sind und uns nicht in den Schoß fallen", betont Böhm.

Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur mit den verheerenden Folgen eines Weltkrieges mussten vor allem die Menschen in Ostdeutschland nach 1945 die Unfreiheit des Stalinismus und die "real existierende Diktatur" einer Partei mit absolutem Machtanspruch erleiden. Menschen wurden in ihrer individuellen Freiheit

und persönlichen Entwicklungen bis 1989 eingeschränkt und ihrer Grundrechte beraubt.

Wer bis heute die historischen Wahrheiten zweier Diktaturen auf deutschem Boden leugnet, wer den Populisten von links und rechts Glauben schenkt und diesen Kräften unsere demokratischen Strukturen überantwortet, der vergehe sich an den Grundfesten der Demokratie.

"Die Stärkung der politischen und historischen Bildung in den Schulen, die Festigung demokratischer Strukturen und die Aufklärung über Unrecht und Unterdrückung sind die entscheidenden Aufgaben moderner Bildung. Gerade am geschichtsträchtigen Datum des 9. November müssen wir uns der historischen Aufgabe der Verteidigung der Demokratie und unserer demokratischen Verantwortung bewusst werden", fordert der Bundesvorsitzende.

PM des VDR Bund vom 8. November 2019

#### Die Kraft der Freiheit beseitigt die Mauern der Unterdrückung

Verband Deutscher Realschullehrer appelliert an die Verteidigung demokratischer Grundrechte – umfassende Bildung stärkt demokratische Errungenschaften und Freiheit des Einzelnen

"Der Fall der Berliner Mauer am og.11.1989 stellt nicht nur für die Menschen im Ostteil unseres Landes eine zentrale Zäsur dar, die uns immer an die Kraft der Freiheit und der Demokratie erinnern muss", so Jürgen Böhm, der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes am Rande der Festlichkeiten zum 30. Jahrestages des Mauerfalls in Berlin.

Die Feinde der Demokratie ruhen bis heute nicht, auch nach den Erfahrungen der Geschichte, die demokratischen Errungenschaften in Deutschland zu diskreditieren und Geschichtsfälschung zu betreiben.

Gerade die Bildung in einem demokratischen Gemeinwesen hat die verantwortungsvolle Aufgabe, jungen Menschen die Lehren der Geschichte vor Augen zu führen. Angesichts der politischen Entwicklung und der aktuellen Wahlergebnisse in unserem Land, ist es die vornehmste Aufgabe der Bildung sich mit den dunkelsten Stunden deutscher Geschichte intensiv auseinanderzusetzen. Die erlangten Freiheiten erfordern dringlich Verantwortung der Bildung und der Politik, die demokratischen Werte und Selbst- und Mitbestimmung aller Bürger zu würdigen und anzuerkennen.

"Jungen Menschen in unserem Land muss bewusst gemacht werden, dass die scheinbar unantastbaren demokratischen Grundrechte und die Freiheit des Menschen keine Selbstverständlichkeiten sind und uns nicht in den Schoß fallen", betont Böhm.

Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur mit den verheerenden Folgen eines Weltkrieges mussten vor allem die Menschen in Ostdeutschland nach 1945 die Unfreiheit des Stalinismus und die "real existierende Diktatur" einer Partei mit absolutem Machtanspruch erleiden. Menschen wurden in ihrer individuellen Freiheit

und persönlichen Entwicklungen bis 1989 eingeschränkt und ihrer Grundrechte beraubt.

Wer bis heute die historischen Wahrheiten zweier Diktaturen auf deutschem Boden leugnet, wer den Populisten von links und rechts Glauben schenkt und diesen Kräften unsere demokratischen Strukturen überantwortet, der vergehe sich an den Grundfesten der Demokratie.

"Die Stärkung der politischen und historischen Bildung in den Schulen, die Festigung demokratischer Strukturen und die Aufklärung über Unrecht und Unterdrückung sind die entscheidenden Aufgaben moderner Bildung. Gerade am geschichtsträchtigen Datum des 9. November müssen wir uns der historischen Aufgabe der Verteidigung der Demokratie und unserer demokratischen Verantwortung bewusst werden", fordert der Bundesvorsitzende.

PM des VDR Bund vom 8. November 2019

# **IMPRESSUM**

#### WEITBLICK - Das Magazin des Verbandes der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen

#### Ausgabe 02/2019

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten



#### Herausgeber

VRB Saar Verband Reale Bildung Landesverband Saarland e.V.

#### Landesvorsitzende

Karen Claassen Eichenhübel 16 66892 Bruchmühlbach

#### Redaktion

Christian Wollscheidt (Chefredakteur) christianwollscheidt@web.de

#### **Druck und Anzeigenverwaltung**

AWO Saarland
- Projekt Faltblatt Gutenbergstr. 3
66280 Sulzbach
Fon: 06897/55244
mail@faltblatt.net
ISSN 2195-7622

#### Zuschriften

Die Einsender von Manuskripten, Briefen o. ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung durch den VRB einverstanden.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Bilder kann keine Verpflichtung seitens des VRB übernommen werden.

Für die mit Namen oder Kürzel gekennzeichneten Beiträge trägt allein der Autor die Verantwortung. Sie geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne, aber nur mit Genehmigung.



# MITGLIEDSANTRAG

Werden Sie jetzt Mitglied des VRB Landesverband Saarland e.V.

#### Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VRB LandesverbandSaar e.V.

Rosina Decker Arndtstr. 1 66121 Saarbrücken

Name, Vorname			
Straße			
PLZ		Ort	
Telefon		E-Mail	
Geburtsdatum		Schule	
Dienstbezeichnung		Stundenzahl	
beamtet	angestellt	Referendar bis	(voraussichtlich)
* 1	1 1/22 11		, ,
Änderungen teile ich	iem VKB mit.		
Ort, Datum		Unterschrift	

#### Einzugsermächtigung

Gleichzeitig ermächtige ich den VRB Landesverband Saarland e.V., bis auf Widerruf die von mir zu entrichtenden Beiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bankverbindung VRB:

IBAN: DE77 5935 0110 0077 0011 21

BIC: KRSADE55XXX

#### Jahresbeiträge

Lehramtsanwärter/

Referendare: beitragsfrei

Mehr als 16 Stunden: 110 Euro

Weniger als 16 Stunden und 70 Euro

päd. Fachkräfte:

Pensionäre: **65 Euro**Studenten: **beitragsfrei** 

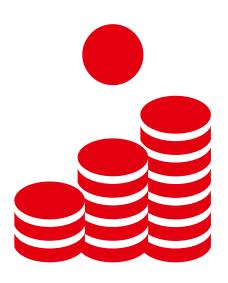
Geldinstitut	Ort
IBAN	BIC

Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweisen, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Diese Ermächtigung ist jederzeit schriftlich widerrufbar.

Ort, Datum	Unterschrift
Name, Vorname	
Straße	
PLZ	Ort

Mit dem Beitritt zum VRB werden Sie ohne weitere Kosten Mitglied im Deutschen Lehrerverband (DL) und im Deutschen Beamtenbund (dbb). Außerdem bieten wir Rechtsschutz in Verbindung mit dem dbb.





Jetzt beraten lassen, damit Frau später finanziell abgesichert ist.



Sparkassen SaarLB LBS SAARLAND Versicherungen